1D 20079 F

Lebensschutz-Informationen LSI



Stimme des Gewissens

Herausgeber:
Weltbund zum Schutze des Lebens WSL-D
COLLEGIUM HUMANUM
Akademie für Umwelt und Lebensschutz e.V.

22. Jahrgang Nr. 3 Mai/Juni 1991

Das bisherige rein materialistische Denken muß abgelöst werden durch ein biologisches Denken, sonst geht die ganze Menschheit, zuerst die Wohlstands- und Industrienationen, einer Katastrophe entgegen. Die Wurzeln eines kommenden Umweltschutzes und einer Umweltverbesserung liegen in der Abkehr des bisherigen egoistischen Denkens und in der Zuwendung des Denkens im großen Rahmen der gesamten Natur.

Prof. Dr. Hugo Schanderl

Das Doppelspiel der Bundesregierung

– Die Gefährung unseres Trinkwassers

Die Bundesregierung verpaßt keine Gelegenheit zu verkünden, die BRD sei in Sachen Umweltschutz in der Welt „Spitze".

Ganz anders sieht dies peinlicherweise der Europäische Gerichtshof in Luxemburg. Er wirft in seiner Entscheidung vom März 1991 der BRD einen Verstoß gegen die Pflicht vor, EG-Richtlinien zum Schutz des Grundwassers nachzukommen.

Das sogenannte Wasserhaushaltsgesetz verbietet pauschal schädliche Verunreinigungen des Grundwassers. Was das konkret heißt, erklären – rechtlich unverbindlich und uneinheitlich – Verwaltungsvorschriften der Länder.

Dies verschafft Umweltschädigern Spielräume, die sie unter den Augen des Gesetzgebers nutzen: Das Grundwasser in Deutschland reichert sich zunehmend an mit Giften, zum Beispiel aus Mülldeponien und der Landwirtschaft. Die Richtlinien der EG verbietet ausdrücklich, das Grundwasser mit Pestiziden und davon abgeleiteten Verbindungen sowie Stickstoff- und Phosphor-Präparaten zu kombinieren. In der Bundesrepublik ist dies den Bauern jedoch erlaubt unter Berufung auf die schwammige Ausrede des Gesetzgebers von der „ordnungsgemäßen Landwirtschaft". Eine eigene Verordnung verbietet lediglich, daß im Trinkwasser noch nennenswerte Rückstände von Pestiziden enthalten sind. Das Grundwasser bleibt weitgehend ungeschützt.

Bei dieser Art von „Gesetzgebung" sind dann vernichtende Ausagen, wie die des Leiters der Freiburger Energie- und Wasserversorgung AG, Wilhelm Beck, über die Gefährdung des Grundwassers verständlich:

„Was jetzt auf uns zukommt, und diese Giftwelle, die im Augenblick hier bei uns droht überzuschwappen ... dann ist das nach meinem Dafürhalten ein **Verbrechen an der nachkommenden Generation ...**

Ich darf das mal vielleicht mit einem ganz einfachen, simplen Beispiel darlegen: Wir haben eine Wanne mit Wasser, und in dieser Wanne, wo sehr gutes Grundwasser drin ist, dort läßt der gleiche Gesetzgeber zu, daß dieses Wasser die Bodenpassage mit Pestiziden vergiftet wird. Und der gleiche Gesetzgeber schreibt mir als Wasserchef vor, daß diese Gifte nicht im Trinkwasser sein dürfen. Und das ist nach meinem Dafürhalten **nicht nur Schwachsinn,** es ist einfach unbegreiflich". (WDR-Fernsehen, 'Gesucht wird sauberes Trinkwasser', Sendung 11. August 1988, 20.15 Uhr, ARD).

Verstand ist eben nicht bei vielen – vor allem nicht in der Politik. Von Verantwortungsbewußtsein wollen wir hier garnicht reden.

Pestizide werden von der Biologischen Bundesanstalt zugelassen. Nahezu 1.800 Spritzmittel durften mit behördlicher Genehmigung in die Landschaft gesprüht werden.

Angeblich testet die Biologische Bundesanstalt vor der Zulassung die Pestizide 'auf Herz und Nieren'. Angeblich wird auch das Versickerungsverhalten zugelassener Gifte geprüft. Dennoch findet man diese Stoffe zunehmend im Grundwasser. Die verantwortliche Bundesoberbehörde hielt einen Übergang der Giftstoffe ins Trinkwasser für unmöglich. – Ein leichtfertiger Trugschluß.

Die Wasserwerke in der BRD mögen einmal angeben, wie weit z.B. das Pflanzenschutzmittel ATRAZIN bereits auch im Trinkwasser verbreitet ist.

Im März d.J. hat der Bundesrat auf Initiative Bayerns endlich das Anwendungsverbot des Pflanzenschutzmittels

ATRAZIN empfohlen. Mit Hilfe von 26 Meßstationen in ganz Bayern hatte die Münchener Landesanstalt für Wasserforschung seit 1983 die Schadstoffkonzentrationen von ATRAZIN im Niederschlag gemessen. Etwa fünf Tonnen der Chemikalie regnen jährlich allein auf Bayern nieder. Weltweit werden etwa 50.000 Tonnen ATRAZIN auf die Felder ausgebracht, wobei es in großen Mengen verdampft oder in die Oberflächen- und Grundgewässer abgeschwemmt wird.

Tests mit Regenbogenforellen als Indikator-Organismen bewiesen die verheerende Wirkung schon von geringen Mengen ATRAZIN. Die experimentell ermittelte geringfügige Menge des Giftstoffes mit schädlichen Folgen liegt 16 mal niedriger als der NOEC-Wert (**N**o **O**bserved **E**ffect **C**oncentration), der für die Beurteilung langfristiger Fischvergiftungen maßgeblich ist.

Der Ersatz von ATRAZIN durch andere Herbizide vom Typ der S-Triazine oder durch Spritzmittel-Cocktails wird von der Landesanstalt für Wasserforschung nicht als dauerhafte Lösung betrachtet. Von chemisch verwandten Substanzen sind ähnliche Schadwirkungen zu erwarten. Die bayerische Landesregierung wird nicht hinnehmen, wenn das deutsche Atrazinverbot über den Agrarministerrat der Europäischen Gemeinschaft unterlaufen werden sollte.

Umweltschutz wird zur Farce, wenn „ökonomische Harmonisierung" durch die schwerfällige und kostspieligste Europäische Behörde Vorrang erhielte vor den Belangen von Mensch und Umwelt.

E.O. Cohrs

Die Gefahren

Im Juni 1962 wurden in der US-amer. Zeitschrift 'The New Yorker' einige Artikel aus dem kurz darauf veröffentlichten Buch **'The Silent Spring'** (deutsch: **'Der stumme Frühling'**) veröffentlicht. Die Verfasserin war die amerikanische Biologin **Rachel Carson.** Diese ersten Auszüge veranlaßten **Präsident John F. Kennedy** einen Untersuchungsausschuß einzuberufen, der die von Rachel Carson geäußerten Befürchtungen der Auswirkungen chemischer Pflanzenschutzmittel prüfen sollte. Die Aussagen von Frau Carson wurden – wie bekannt – in der Folge voll bestätigt. Damit hatte Kennedy gegen bestimmte Interessen gearbeitet, was erfahrungsgemäß in 'Gods own country' nicht ohne Folgen bleibt.

John F. Kennedy hatte sich auch der Geldfrage angenommen. Dabei hatte er erkannt, daß der US-Dollar seit dem **23. Dezember 1913** von einem Bankenkonsortium, der Federal Reserve Bank, herausgegeben wird und nicht von einer eigenen Staatsbank. Dem wollte er abhelfen und veranlaßte, daß zunächst 4 Milliarden US-Dollar einer neuen US-Staatsbank gedruckt und in Umlauf gebracht wurden.

Hier sei nur eingefügt, daß die Atomgesetze in den deutsch-sprachigen Ländern, der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und der Schweiz, 'eigenartigerweise' auch an einem Vorweihnachtstag, nämlich am **23. Dezember 1959,** Gesetzeskraft erlangten. Prof. Bechert meinte damals: „Man wußte, weshalb!

Das Vorgenannte und Weiteres machten Amerikas jüngsten und forschesten Präsidenten in gewissen Kreisen mehr und mehr unbeliebt. Man beschloß sich seiner zu entledigen. Er, der nicht nur die Jugend der Welt faszinierte, wurde am 22. November 1963 in Dallas erschossen. Hunderte von Millionen Menschen erschütterte der Tod des 45jährigen Präsidenten. – Jetzt nach nunmehr 27 Jahren wird bekannt, daß er Opfer einer Verschwörung bestimmter Kreise mit dem US-Geheimdienst CIA wurde. Der gedungene Mörder, der Profi-Killer Roscoe White, gestand auf dem Sterbebett seine Tat. Die NEUE REVUE brachte in einer aufsehenerregenden Serie umfangreiche Dokumentationen, auch aus dem Geheimarchiv des FBI. – Sie ergänzen vollends die Aussagen Joachims Fernau's in seinem Buch **'Halleluja – Die Geschichte der USA'.**

EOC

Bekenntnis zum chemischen Pflanzenschutz seitens der BBA

Eine fast unübersehbare Zahl von wissenschaftlichen Arbeiten läßt den Schluß zu, daß eine Gefährdung der Gesundheit des Menschen durch Pflanzenschutzmittelrückstände ausgeschlossen erscheint. Nach den bekanntgewordenen Ergebnissen liegen die Pflanzenschutzmittelrückstände – einschließlich der Kombinationen – deutlich unter den toxikologisch duldbaren Werten. Die wenigen Überschreitungen nach der Höchstmengenverordnung für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sind darin enthalten. Diese Feststellung traf **Prof. Dr. G. Schuhmann, Präsident der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft, Braunschweig,** in einem Vortrag vor internationalem Publikum in Wien.

Garten- und Freizeitmarkt 6/78

Kranke Zeit – Zeit-Krankheit?

Daß unsere Zeit für viele Menschen, insbesondere für sensible, als eine bereits spürbar kranke Zeit empfunden wird, bedarf wohl keiner Diskussion mehr. Was hier zu klären bleibt, ist die Frage, ob es nun tatsächlich „die Zeit" ist, welche man als krank bezeichnen kann, oder ob es die Art und Weise ist, wie die Menschen mit ihrer ganz persönlichen Zeit umgehen. Da es, gottlob, noch immer Plätze auf der Erde gibt, an denen sich Menschen wohl fühlen und keineswegs das Empfinden haben, in einer „kranken Zeit" zu leben, bleibt die Schlußfolgerung, daß es eben am Menschen selbst liegen muß, wenn er seine Lebensumstände, die ja seine ganz persönliche Zeit bedeuten, zum Negativum verkommen läßt. Daß dabei vielfach Faktoren im Spiel sind, die der einzelne Mensch garnicht gewollt, nicht beeinflußt hat und allein auch kaum abwehren kann, zeigt die große Schwierigkeit auf, sich eine einigermaßen heile Welt im engen, eigenen Lebensbereich zu schaffen.

Es haben sich schon oft genug nachdenkliche und renomierte Denker zu Wort gemeldet, welche die Grundübel unserer Zeit erkannt und beim richtigen Namen genannt haben. Das mag einigen wenigen Anlaß gewesen sein, Selbstkritik zu üben und den eigenen Alltag sinnvoller zu leben und damit zu erleben. Die vielgenannte große Masse jedoch verweigert bekanntlich das Nachdenken und unterliegt immer wieder rasch den Verlockungen einer ebenso unsinnigen wie letztlich schädlichen Verbraucher-Mentalität. Konsumieren, kaufen, konsumieren . . . bis ans Ende der eigenen Tage – die Erkenntnis, durch einen schon ins Absurde gesteigerten Konsumrausch sich letztlich auch selbst verbraucht zu haben, kommt bei Millionen Leuten nie, oder zu spät.

Verbrauch, statt Gebrauch, sinnlose Hektik statt Gelassenheit, diese beiden Faktoren sind das Grundübel unserer Gegenwart – und das schon seit vielen Jahren. Man könnte misanthropisch sagen: „Na laß' doch, wenn die Masse zufrieden ist – was soll die Aufregung?". So zu

argumentieren – viele tun es, – heißt, die Wirklichkeit zu verkennen. Erstens ist die sogenannte Masse, zu der wir letztlich ja allesamt gehören, im innersten überhaupt nicht zufrieden, und zweitens sind die sozialen Auswirkungen einer von tagtäglichen Konsumrausch und ständiger Hektik belasteten Gemeinschaft verheerend!

Der Zustand der Volksgesundheit, besser der des statistischen Durchschnittsbürgers, ist mangelhaft. Ablesbar am Milliarden-Umsatz der Pharmahersteller, wie am Milliardenaufwand der Krankenversicherungen, wie auch der Zahl der Frührentner. Die Ursachen der verbreiteten Hektik mit ihren schädlichen Folgen registiert wiederum der statistische Durchschnittsbürger kaum noch:
Das materiell ausgerichtete Verlangen, das Auchhabenwollen, Abgunst und Neid beim Blick auf andere, Geringschätzung moralischer und charakterlicher Werte einerseits, völlige Überbewertung von Besitz; daraus folgend seelische und geistige Leere. Faktoren die krank machen, da bekanntlich der Körper wesentlich von seelischen Einflüssen in seinem Befinden mitbestimmt wird. Hinzu kommt die schlimme Entwicklung in Städten und Gemeinden durch Zerstörung von Natur zugunsten des motorisierten Individualverkehrs. Lärm und nochmals Lärm, oft ohne Unterbrechung; verpestete Luft selbst in ausgesprochenen Wohngebieten. Berieselung des hochempfindlichen menschlichen Hörvermögens von früh bis morgens über Radiomusik an allen Orten; Kinder und Jugendliche stumpfen ihr Gehör noch zusätzlich durch die großartige „Bedarfsweckung" ab, die ihnen der „walkmann" selbst im dicken Stadtverkehr erfüllt, aber ebenso in ruhigen Parkanlagen oder auf dem Pausenhof der Schule! Und die mit dem Neudeutsch-Begriff „Teenies" gekennzeichneten jungen Menschen geben sich der offenbar zwingenden Sucht nach Lärm – selbstverständlich als Musik deklariert – so zahlreicher Discos hin. Eine jener zahlreichen Segnungen aus Amerika, die vergleichsweise harmlos erscheint, wenn man die wahrhaft verheerende, gleichfalls amerikanische Segnung des Drogenmißbrauchs bedenkt. Aber das eine wie das andere muß am Ende von der Gemeinschaft, also vom Steuerzahler teuer bezahlt werden: Vor Jahren schon informierte eine nüchterne Fernsehsendung über die Wirkung regelmäßiger Disco-Besuche bei jungen Leuten darüber, daß bei der Mehrheit einer repräsentativen Untersuchung jener Jugendlicher, welche seit Jahren regelmäßig Discos aufsuchen, deren Hörvermögen trotz ihrer erst 17 oder 18 oder 19 Jahre nur noch die Leistungsfähigkeit der Ohren eines 65-jährigen aufweist. Da lärmgeschädigte Gehöre auch bei jungen Leuten irreparable Schwächen erlitten haben, darf man sich ausrechnen, für wieviele Berufe die geschädigten Jugendlichen dann später nicht mehr in Frage kommen. Da Discos in unserem Lande mit Milliardenumsätzen steuerlich-fiskalisch sehr interessant sind, ist es wohl deshalb noch keiner – dem Wohle des Volkes eidlich verpflichteten – Regierung eingefallen, aufzuhorchen?

Es bedarf wohl keiner besonderen Betonung, daß der Disco-Genuß in jedem Fall zu jenen unserer hochzivilisierten „Genüsse" gehört, die dazu beitragen den Krankheitsfaktor H e k t i k zu fördern. Lebensfreude kann, wie man weiß, auch anders aussehen. Die vielen Sportverbände und Turnvereine geben genügend positive Beispiele dazu.

Daß Hektik nicht zuletzt durch die inzwischen zum Albtraum von Verkehrsplanern und Stadtvätern gewordene Motorisierung ausgelöst wird, bedenkt vermutlich kaum noch jemand. Natürlich ist es bequem, sich unabhängig von öffentlichen Verkehrsmitteln zum Arbeitsplatz oder zum Wochenendvergnügen fahren zu können. Eine Reihe von Experten stellte jedoch schon vor Jahren fest, daß bei vielen Besitzern motorisierter Fahrzeuge eine seltsame Wesensveränderung vor sich geht, wenn sie in ihr Auto steigen oder sich auf ihr schweres Motorrad setzen: Der Mitmensch, gleichfalls motorisiert, wird zum Gegner, zum unsympathischen Konkurrenten! Grotesk, aber wahr! Und sowohl der Autobesitzer, wie der Motorradfahrer unterwirft sich darüber hinaus einem vermeintlichen Hochgenuß, den Fachleute als Geschwindigkeitsrausch kennzeichnen! Diese Kategorie der PS-Fetischisten stellt leider nicht nur für sich selbst, sondern für ihre Mitmenschen eine große Gefahr dar. Diese Art der Gemeingefährlichkeit wird leider auch durch Verkehrs-Gesetze und Regeln nicht gebannt; sie kostet alljährlich Milliarden, bringt Hunderttausende bis ans Lebensende Körperbehinderte und Tausende Witwen und Halbwaisen. Aber unsere Autos werden immer schöner, stärker, schneller und – kein Wunder – machen alles noch hektischer! Kranke Zeit? Zeit-Krankheit Hektik und die des Auchhabenwollens! Ja, leider. Zur Eindämmung und zielstrebigen Minderung dieser Zeit-Krankheiten muß in erster Linie der einzelne Mensch auftreten, nur dann können die gravierenden Belastungen der Gegenwart, die schon weitgehend Zukunft ist, gestopt werden.

Es wird vielen nicht leicht werden, sich ganz bewußt dem täglichen Einfluß eines durch penetrante Dauerwerbung wirksam gehaltenen Konsumrauschs zu entziehen. Was der Mensch letztlich wirklich braucht, macht uns wieder und wieder das Fernsehen deutlich mit seinen erschütternden Reportagen aus jenen Teilen unserer Erde, wo unmenschliche Machthaber oder verheerende Naturkatastrophen alles reduzieren auf den Begriff „Überleben".

Wilh. Liebtrau

Atomenergie – oder die neurotische Verdrängung

Am 5. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl gedachte man in der UdSSR, aber auch außerhalb der Sowjetunion, der Opfer des Unglücks, dessen gesamtes Ausmaß noch im Dunklen liegt.

Die russische Presse geht von „hunderttausenden verstrahlter Menschen" aus. Der sowjetische Präsident Gorbatschow bat um internationale Hilfe für die Opfer. **Die Katastrophe sei noch nicht vorüber.** Nur langsam begreife man die Folgen der atomaren Katastrophe. Dabei verschweigt Gorbatschow die skandalöse Informationspolitik der UdSSR über die Tatsachen von Tschernobyl. – Die Wahrheit kommt nur langsam und in Raten ans Licht. Nach jüngsten Berichten befürchten auch sowjetische Experten, die Betonumhüllung der Reaktorruine, mit der ein Strahlenaustritt verhindert werden soll, könne in absehbarer Zeit zerstört werden.

Aus dem Inhalt — Seite

Aber auch in der Bundesrepublik wurde und wird immer noch das ganze bisher bekannte Ausmaß der Wahrheit über Tschernobyl verschwiegen. Auch die Informationspolitik der Bundesregierung verdient kein Vertrauen. Erinnern wir uns der Versuche der Volksverdummung durch den damaligen Bundesminister Friedrich Zimmermann (CSU) – "old Schwurhand" –, der am 29. April 1986 der Bevölkerung der BRD über das Fernsehen das Märchen auftischte:

– „Selbst wenn die Messungen einen X-fachen höheren Wert ergeben würden in Skandinavien – bei uns wird ebenfalls unaufhörlich gemessen, ohne Ergebnis – wäre eine Gefährdung nur im Umkreis von dreißig, fünfzig Kilometern (von Tschernobyl) gegeben. Wir sind zweitausend Kilometer von dieser Unfallstelle entfernt. Eine Gefährdung der deutschen Bevölkerung ist ausgeschlossen." –

Wie töricht muß ein Politiker sein, der glaubt, ein derart peinlicher, regierungsoffiziell verbreiteter Schwindel könne in der öffentlichen Meinung Bestand haben.

Die Neigung zur Verdrängung unliebsamer Tatsachen und die Zuflucht zu Phantasmen kann durchaus pathologische Formen annnehmen. Unwillkürlich wird man an eine Feststellung des Direktors des Instituts für Klinische Psychotherapie der Universität Homburg/Saar, Prof. Dr. med. Martin Schrenk, erinnert, die dieser schon im Jahre 1977 getroffen hat:

– „Mir liegt daran deutlich zu machen, daß ich das Gewicht der moralischen Belastung, welches einer Regierung in Genehmigungsverfahren für ein Kernkraftwerk oder jetzt auch für einen sog. Entsorgungspark auferlegt ist, für so **untragbar** halte, daß ich von meinem psychotherapeutischen Standpunkt aus – für die in dieser Weise **überlasteten** Menschen in den verantwortlichen Regierungspositionen nur einen Ausweg sehe; nämlich den, die Augen zu verschließen vor dem, was ihnen zu entscheiden auferlegt ist.
Also die 'neurotische Verdrängung'."

(Referat 'Die Kohärenz der Sachlichkeit zerreißt', Ev. Akademie Baden, Bad Herrenalb, Tagung 4.–6. Februar 1977)

Ein Beispiel neuerlicher Verdrängung bietet auch eine **Zeitungsanzeige v. 5. Mai 1991,** mit der deutsche Kernkraftwerkbetreiber auf eine Sendung des 1. Programms des Deutschen Fernsehens (ARD) zum 5. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl reagierten: **TODESZONE, Szenario nach dem Super-Gau von Biblis,** 2. Mai 1991, 20.15 Uhr:

Die deutschen Stromversorger

Badenwerk Karlsruhe · Bayernwerk München · Elektromark Hagen · EVS Stuttgart · HEW Hamburg · Isar-Amperwerke München · Neckarwerke Esslingen · Preussen-Elektra Hannover · RWE Energie Essen · TWS Stuttgart · VEW Dortmund

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

den 5. Jahrestag des Unglücks im Kernkraftwerk Tschernobyl hat das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) zum Anlaß genommen, am Donnerstag letzter Woche einen Film auszustrahlen, der die vermeintlichen Auswirkungen eines schweren Störfalls im Kernkraftwerk Biblis zeigen sollte. Wir, die deutschen Stromversorger, die mit 21 Kernkraftwerken rund ein Drittel des Stroms erzeugen, wurden nicht gefragt. Es war nicht möglich, unseren Sachverstand einzubringen. Deshalb wenden wir uns heute auf diesem Wege an Sie.

Wir haben dafür gesorgt, daß die Sicherheitssysteme der deutschen Reaktoren auf alle erdenklichen Störfälle eingerichtet sind, und seien sie auch nur theoretisch vorstellbar. Aktive und passive Vorrichtungen sorgen für ein Höchstmaß an Sicherheit. Zu den aktiven Sicherheitsmaßnahmen gehören Abschaltsysteme, Kühlsysteme und die unabhängige Ersatzstromversorgung. Passive Sicherheitsvorkehrungen sind vor allem bautechnische Maßnahmen, die radioaktive Stoffe im Reaktor einschließen.

Das Sicherheitskonzept unserer Kernkraftwerke schließt einen Unfall mit den Umweltbelastungen wie Tschernobyl praktisch aus. Eine Tschernobyl-Anlage hätte in Deutschland nie eine Genehmigung bekommen. Außerdem: Der Unfall von Tschernobyl wurde nur möglich, weil dort massiv gegen Betriebsvorschriften verstoßen wurde und weil das automatische Abschaltsystem außer Funktion gesetzt war. Bei deutschen Reaktoren ist ein solcher Eingriff nicht möglich.

Wir bedauern, daß die Sendung der ARD nicht dazu beigetragen hat, der deutschen Bevölkerung ein realitätsnahes Bild von der Sicherheit unserer Kernkraftwerke zu vermitteln. Statt dessen wurde das öffentlich-rechtliche Fernsehen zu einer einseitigen Kampagne gegen die friedliche Anwendung der Kernkraft benutzt, um die Menschen in Angst zu versetzen.

Der Einsatz von Kernenergie bringt der Bundesrepublik Deutschland entscheidende energiepolitische, ökonomische und ökologische Vorteile. Unsere Kernkraftwerke sind sicher ausgelegt, und sie verfügen über kompetente Betriebsmannschaften. Deshalb läßt sich die Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung verantworten.

Ihre Stromerzeuger

(GÖTTINGER TAGEBLATT, 7. Mai 1991)

Töricht-dreister geht es kaum. Diese langweilige Propaganda gewinnt durch ständige Wiederholung nicht an Überzeugungskraft. Derartige Elaborate können nur auf der Grundlage der Beratungen durch den TÜV zustandekommen, in dessen Verwaltungsgremien die Vertreter der Atomindustrie und Elektrizitätswirtschaft maßgeblich wirken, und der Mitglied des Deutschen Atomforums ist.

Wir erinnern uns des Beispiels geistiger Verwirrung, das die Propagandabroschüre „Kernenergie – 66 Fragen: 66 Antworten" 1973 bot, Hrsg.: HEW, Hamburgische Elektrizitätswerke AG und NWK, Nordwestdeutsche Kraftwerke AG, Hamburg, heute zur Preussenelektra, Konzerngesellschaft der VEBA, gehörig:
„Kernkraftwerke sind sicher". – Durch KKW-Betrieb tritt „keinerlei Gefährdung für das Betriebspersonal und für die Bevölkerung in der Umgebung" ein. „Berechnung" des TÜV: Die Eintrittswahrscheinlichkeit für den „größten anzunehmenden Unfall" (GAU) beträgt „1:100.000 pro Jahr". Für den Ausfall sämtlicher Sicherheitseinrichtungen beträgt nach HEW/NWK die Wahrscheinlichkeit „1:1 Milliarde pro Jahr": „Das bedeutet, daß die Vormenschenaffen im Alttertiär vor 50 Millionen Jahren besagte Kernkraftwerke hätten bauen und seither betreiben müssen, dann hätte man einen solchen Unfall vielleicht einmal registrieren können . . .
Dazu: „Der Wahrheitsgehalt solcher Aussagen wurde an der Chance der Hunnenkrieger gemessen, auf den Katalaunischen Feldern (451 n.Chr.) von einem Musketenschuß getötet zu werden! (W.F. Fuchs, Sonderheft, BILD DER WISSENSCHAFT, Nov. 1975).

Immerhin ereignete sich im März 1979 bei Harrisburg (USA) der größte bis dahin bekannt gewordene Reaktor-

unfall. Der „Beinahe-Katastrophe Harrisburg" (Dr. Hartkopf, damals Staatsekretär im Bundesministerium des Inneren) sind wir nur durch großes Glück entgangen. – Die Tonbandaufzeichnungen über Beratungen der amerikanischen Atomenergiekommission (NRC) während der Krisentage in Harrisburg reflektiert eine haarsträubende Mischung von Chaos, Unfähigkeit und Arroganz.

Selbst ein so eingefleischter Befürworter der Kernenergie wie der Strahlenmediziner **Prof. Dr. med. K.R. Trott**, München, zweifelt nicht an der Möglichkeit eines größten anzunehmenden Reaktorunfalls:

„Harrisburg war fällig nach den Gesetzen der Statistik, und in den nächsten 10 Jahren werden wir mit **großer Wahrscheinlichkeit** irgendwo auf der Welt einen Kernschmelzunfall haben. Darüber sollte man sich keine Illusionen machen" (Münchener Med. Wochenschrift, 7.8.1981)

Wie wahr!

Das zur Zeit noch nicht abzusehende Ausmaß der Folgen des Reaktordesasters von Tschernobyl (April 1986) zeigt schon jetzt eine gespenstige Szene mit Toten, unheilbar Kranken, Erbgeschädigten, für Jahrhunderte unbewohnbarer verseuchter Gebiete – Hunderttausende harren der Evakuierung aus kontaminierten Landstrichen – und riesiger wirtschaftlicher Schäden.

Wirkliche Sachkenner warnten schon vor vielen Jahren: **Prof. A.M. Weinberg,** weltweit angesehener amerikanischer Reaktorspezialist, allgemein als Schöpfer des Druckwasserreaktors angesehen, gemeinsam mit Nobelpreisträger **Prof. Eugen Wigner** Verfasser von „The Physical Theory of Neutron Chain Reactors", der „Bibel der Reaktorphysik", läßt keinen Zweifel: „Atomenergie ist gefährlicher als alle anderen Energiequellen" (Science, 7. Juli 1972). „Aber in Zukunft wird die Menschheit wohl lernen müssen, Strahlungskatastrophen als natürliche Ereignisse zu akzeptieren, wenn sie sich für eine nukleare Zukunft entscheidet" (Argumente in der Energiedikussion, 1978).

Und Prof. Wigner, einer der führenden Kernphysiker der USA hat Angst vor dem 'Schnellen Brüter', der so gefährlich sei wie 3 Tonnen Typhusbazillen (Physik. Kolloquium, Universität Karlsruhe, 24. Oktober 1974).

Bei der gängigen „Informationspolitik" zu den Auswirkungen kerntechnischer Anlagen – Vertuschung unliebsamer Vorfälle und dreiste Propagandamärchen über die angeblichen Vorzüge der Nukleartechnik – wundert es nicht:

Nach mehr als 40 Jahren hat das amerikanische Energieministeriun bestätigt, daß die Lecks in der Hanford Nuklearanlage in Richland so groß waren, daß die Strahlung Krebs und andere Krankheiten bei Menschen, die in der Umgebung wohnten, hervorrufen könnte. Der jetzt gültige Grenzwert für Atomanlagen liegt bei jährlich einem fünfzehntausendstel rad (Maßeinheit der absorbierten Strahlendosis). Zwischen 1944 und 1947 sind aus der maroden Anlage bis zu 3000 rad ausgetreten.

Das Geschwafel von der „Reaktorsicherheitsphilosophie" mit immer neuen, teuren sog. „Risikostudien" bezahlt der deutsche Steuerzahler. Als ob er nicht schon genug für den „Pleite-Brüter" von Kalkar (rd. 7 Milliarden Mark) und die gescheiterte WAA-Wackersdorf (rd. 3 Milliarden Mark) geopfert hätte.

Wenn man die dreisten Behauptungen der Kernkraftwerkbetreiber in ihrer Anzeigenkampagne liest, wo sie u.a. glaubhaft machen wollen, der Einsatz von Kernenergie bringe der Bundesrepublik „entscheidende energiepolitische ökonomische (Anm. sh. Kalkar und Wackersdorf!) und ökologische Vorteile, kann man nur noch fragen: Was ist bei den Protagonisten der Atomenergie mehr ausgeprägt: Die Dummheit oder die Arroganz. Meist treten ja beide Merkmale zusammen auf.

Haben die Kernkraftwerksbetreiber den Hanauer Nuklearskandal vergessen, für den sich eine Reihe ehemaliger Manager der Atomindustrie zur Zeit vor dem Landgericht in Hanau verantworten müssen?

Erinnert man sich in den Chefetagen der Kernkraftwerkbetreiber nicht mehr der Selbstmorde, die im Zusammenhang mit dem Hanauer Nuklearskandal begangen wurden?

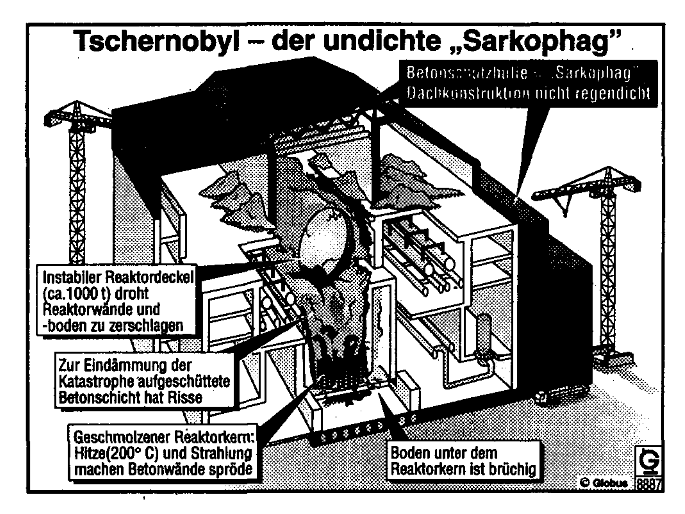
Weiß man nichts mehr von den vorhandenen „Schmiergeldlisten" über Bestechungspraktiken in Atomindustrie und Elektrizitätswirtschaft?

Am 7. Verhandlungstag im Hanauer Atomprozeß um Betrug, Schmiergeld und umweltgefährdende Abfallbeseitigung verlas das Gericht einen Satz aus einer Aussage des früheren Hauptabteilungsleiters der TRANSNUKLEAR (TN), Hans Holtz, der sich Ende 1987 in der Untersuchungshaft das Leben nahm: – „Wenn eine Maschine nicht läuft, muß man sie eben ölen".

Zu den größten Geldempfängern hätten Mitarbeiter des Atomkraftwerkes Philippsburg, der Preußenelektra und des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks (RWE) gehört. Holtz nannte Zahlen von 300.000 bis 500.000 Mark. (Frankfurter Rundschau, 5. März 1991).

Preußenelektra und RWE haben das oben mitgeteilte Zeitungsinserat unterzeichnet. – Weiterer Kommentar überflüssig.

Erika Schröder



Der Unglücksreaktor von Tschernobyl bildet weiterhin eine Gefahrenquelle ersten Ranges.

> *„Die meisten Menschen haben nicht einmal angefangen zu begreifen, was es mit der ökologischen Krise auf sich hat: Sie ist die letzte Herausforderung an die technische Zivilisation . . .*
>
> **Edward Edelson**

Die Katastrophe von Tschernobyl und ihre Folgen

Die Berichterstattungen über „Störfälle" in Atomkraftwerken ist von Kernenergie-Unternehmen von Anfang an sehr mangelhaft gewesen, insbesondere aber die Berichte über die schweren Unfälle eines G A U, des „Größten Anzunehmenden Unfalles". Nachdem die große Katastrophe des Atomkraftwerks Harrisburg im US-Staat Pennsylvania 1979 anfänglich stark heruntergespielt wurde, kamen die katastrophalen Tatbestände der Strahlungsschäden schreckenerregend später zutage, ebenso wie die im amerikanischen Kernforschungs-Zentrum und Kernkraftwerk Hanford, wo sich wiederholt schwere Unfälle mit schweren ökologischen Folgeschäden im Columbia-Fluß durch die radioaktiven erwärmten Kühlwässer des Reaktor-Betriebs ereignet hatten.

Am weitaus schlimmsten war aber der Super G A U beim russischen Atomkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986. Die ersten Nachrichten der russischen Nachrichtendienste verharmlosten das Reaktor-Unglück in jeder Weise. Eine allgemeine Nachrichtensperre wurde später durch private Initiativen gelockert. Dabei wurden in Tschernobyl 180 Tonnen Uran gelagert, wovon 5% in die Atmosphäre gelangten. Man hörte zunächst von 4 Todesfällen und starken Rauchwolken über der Ukraine. Erst im Juli 1989 berichtete die Peristroika über die riesigen strahlungsverseuchten Gebiete der Ukraine und Weißrußlands, über Gebiete mit über 3 Millionen Einwohnern. An die 500.000 Einwohner mußten dringend umgesiedelt werden, wozu es aber bis heute keine Mittel von Staatswegen gegeben hat.

Hunderte von Dörfern sind schwer strahlenverseucht. Die Einwohner leiden an Krebs, besonders die Kinder im weiten Umkreis um Tschernobyl.

Was ist nun im einzelnen passiert in Tschernobyl am 26. April 1986? Eine „Kernschmelze" entstand, weil die Kraftwerksbedienung das automatische Steuerungs- und Notkühlsystem wegen anderer technischer Versuche stillgelegt hatte. Bei der dadurch erfolgten Erhitzung von ca. 180.000 Kilogramm des hochradioaktiven Materials auf über 1.000 Grad wurde die Leistung des Reaktor 4 enorm erhöht und der Reaktor geriet außer Kontrolle. Das entstehende Atomfeuer durchbrach die Reaktorwände und die Decke und stieg in die Luft. Das Uran in den Brennstäben schmolz bei etwa 1000°C und hochexpolsiver Wasserstoff wurde freigesetzt.

Das gesamte Inventar des Reaktors mit mehr als 200 verschiedenen radioaktiven Elementen wurde in die Wolken geschossen. Zwei Wochen brannte das Höllenfeuer, bis es von Hubschraubern mit Wasser und Sand gelöscht wurde und in schwarzen Rauch verwandelt wurde.

Die hochradioaktiven Wolken wurden durch die Erdumdrehung sechsmal um die Erde verbreitet. Weite Gebiete Rußlands sind durch die hochradioaktiven Elemente für lange Zeit vergiftet, die Halbwertzeiten von tausenden von Jahren haben. Eine Wiederherstellung der wertvollen Ackerländer ist für die U d S S R wirtschaftlich nicht möglich; rein rechnerisch würde dieses hunderte von Milliarden Rubel kosten.

Hunderte von verstrahlten Ortschaften müßten längst evakuiert sein, auch die mehrere hundert Kilometer von Tschernobyl entfernten Gebiete Weißrußlands (allein über 500 Dörfer).

Die Strahlungsexpositionen verursachen die verschiedendsten Erkrankungen, hauptsächlich Leukämie und Krebs bis zur akuten tödlichen Strahlendosis. Durch Tschernobyl rangen und ringen übrigens Tausende mit einem qualvollen Tod durch die Super-Dosis von Radioaktivität, ohne sich dagegen schützen oder wehren zu können. Jetzt wurde berichtet, daß die stark verstrahlten beerdigten Betriebsangehörigen wieder ausgegraben werden mußten und in strahlungssichere Beton- und Metallbehälter umgebettet wurden, weil die Strahlung aus den Grabstätten herauskam.

Die atomare Katastrophe von Tschernobyl breitete sich über viele Länder aus. Schon einige Tage nach der Katastrophe wurden in Schweden hohe Werte von Radioaktivität festgestellt. Auch bei uns wurde kurz danach ein schneller Anstieg der radioaktiven Verseuchung gemessen, besonders in Süddeutschland waren Luft und Akkerböden besorgniserregend hoch belastet. Besonders betroffen durch die radioaktive Kontamination war das Voralpen- und das Bodensee-Gebiet. Auch das wurde bei uns wieder heruntergespielt. Nach Veröffentlichungen des Atomphysikers Prof. Dr. Gofmann ist aber eine **„Verniedlichung der Gefährdung durch radioaktive Strahlen kriminell".** Ein GAU kann sich irgendwo wiederholen. Eine grobe Täuschung hat dagegen die Deutsche Atom-Industrie schon vor Jahr und Tag gebracht „Nichts ist so sicher wie Atomkraftwerke". Richtig ist vielmehr, daß auch bei unseren AKWs immer wieder leichte und schwere Störfälle mit radioaktiver Verseuchung vorgekommen sind z.B. in Gundremmingen, Biblis, Mühlheim-Kärlich, Brunsbüttel, Obrigheim, Kalkar, Würgassen u.a., vor allen Dingen in Mitteldeutschland wie in Greifswald u.a. Allein im Jahre 1986 wurden für die B R D über 200 Störfälle amtlich gemeldet.

Dr. K. Höll

(Unser Prof. Karl Höll beging am 2.4. d.J. seinen 90. Geburtstag, sh. LSI 2/91).

Gegenantrag

Die **Anti-Atom-Aktionäre** wollen auch auf der diesjährigen Hauptversammlung der Neckarwerke AG Eßlingen am 21.6.1991 deren immer noch andauernden Atomkurs erneut angreifen und die **Stillegung aller Atomkraftwerke** fordern.

Es kommt darauf an, jede sich bietende Gelegenheit zu nutzen, um den öffentlichen Druck auf die Betreiber und Erbauer von Atomkraftwerken aufrecht zu erhalten, bis das Atomprogramm endgültig kippt. Wie sehr es bereits wackelt, zeigen der nicht im Betrieb gehende sogenannte „Schnelle Pleite-Brüter Kalkar", die aufgegebene WAA Wackersdorf, der stillgelegte Hochtemperaturreaktor HTR in Hamm-Uentrop, das AKW Mülheim-Kärlich und der stillgelegte Reaktor Obrigheim – und weitere.

Als Beispiel führen wir hier einen Gegenantrag für die Hauptversammlung der Neckarwerke am 21.6.1991 an:

„Angesichts der verheerenden Folgen des GAUs von Tschernobyl und der unzähligen Pannen in Atomkraftwerken weltweit, angesichts der nicht gelösten und nicht lösbaren Probleme der Entsorgung radioaktiver Abfälle und angesichts der enormen Kosten, die die Atomenergie unter dem Strich verursacht, ist eine Fortsetzung der Energiepolitik, wie sie von den Neckarwerken betrieben wird, aus ökologischen, ethischen und volkswirtschaftlichen Gründen heute weniger denn je zu verantworten. Der Klimakatastrophe mit Atomenergie begegnen zu wollen, ist ein Argument, das auch die Enquete-Kommission des deutschen Bundestages nicht als zwingend ansieht.

Edda Meyer zu Uptrup

„Atomare Entsorgung, bzw. Wiederverwertung"

Laut Bericht in der ELBE-JEETZEL-ZEITUNG vom 6. Mai 1991 ist die Bürger-Initiative Lüchow-Dannenberg einer „skandalträchtigen Art der Entsorgung von verstrahltem Atomschrott" auf die Spur gekommen. Demnach werden die neuen Brennelementebehälter, die u.a. auch in einer großen Scheune in Gorleben 'zwischengelagert' (Amtliche Bezeichnung: „Vorsorgende Entsorgungs-Vorsorge") werden sollen, aus radioaktiv verseuchtem Atomschrott gefertigt. Die für den Abriß des nach einer Laufzeit von 18 Tagen stillgelegten Atomkraftwerkes Niederaichbach zuständigen Firma verfügt demnach auch über eine Betriebsgenehmigung zum Einschmelzen des o.a. Atomschrotts und zur Fertigung der tonnenschweren CASTRO-Behälter. Die leeren, noch nicht benutzten Großbehälter für den aufzunehmenden Atommüll, dürfen selbst bis zu 10 Giga-Bequerel pro Gramm (!) strahlen. Die ursprüngliche Freigrenze habe zuvor bei 10 Bequerel gelegen. Wolfgang Ehmke als Sprecher der BI: „Da sollen uns nun per CASTOR nicht allein hochaktive Brennelemente, sondern auch noch Atomschrott untergeschoben werden. **Ein wahrer neuer Umwelt-Krimi"!** Vor allem auch das Begleitpersonal der Bundesbahn werde unwissentlich zusätzlicher Strahlung ausgesetzt.

EOC

Die Bundesregierung will durchgreifen

Aus der Gesundheitspolitischen Umschau, Mai 1991, übernehmen wir folgenden Beitrag von Dr. Ewald Gaul

Bundesregierung will alle Vorwürfe gegen Bundesgesundheitsamt rückhaltlos aufklären

Die *Gesellschaft für Lebens- und Umweltschutz e.V., Göttingen,* und der *WSL-D, Vlotho,* hatten im Oktober und November 1989 in Petitionen (Art. 17 des Grundgesetzes) an den *Deutschen Bundestag* Mißstände im *Bundesgesundheitsamt (BGA)* gerügt.

Beanstandet wurden die finanziellen Beziehungen und Verknüpfungen zwischen dem „Institut für Wasser-, Boden- und Luftygiene des BGA und dem gleichnamigen Förderverein des Instituts, der von der Asbest-verarbeitenden Industrie mit Jahresbeiträgen unterstützt wurde. Die Petenten sehen darin eine der wissenschaftlichen Objektivität abträgliche Einflußnahme dieser Industrie auf die Forschungsergebnisse des BGA. Das Petitionsverfahren wurde durch Beschluß des *Deutschen Bundestages* in seiner 15. Sitzung am 14. März 1991 abgeschlossen. In der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses heißt es u.a.:

„Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, alle Vorwürfe, die gegen das Bundesgesundheitsamt erhoben wurden, rückhaltlos aufzuklären.

Auf der Grundlage der Feststellungen des *Bundesrechnungshofes*,... ergaben sich folgende Anhaltspunkte für *Dienstpflichtverletzungen* seitens *dreier Bediensteter des Bundesgesundheitsamtes:*

– In einem Fall durch die Annahme von Spendengelder auf einem der privaten Verfügungsbefugnis des Beamten unterliegenden Konto, ein Verstoß gegen § 70 Bundesbeamtengesetz (genehmigungspflichtig für Belohnungsannahme),

– in einem anderen Fall Verstöße gegen §§ 52, Abs. 1, 54, S. 2 und 55, S. 2 Beamtengesetz durch Erwecken des Anscheins von Parteilichkeit, Verletzung haushaltsrechtlicher Vorschriften und falscher Angaben gegenüber dem Bundesrechnungshof,

– in einem weiteren Fall eine fahrlässig falsche Information gegenüber dem Dienstvorgesetzten, die einen Verstoß gegen § 55, S. 1 Bundesbeamtengesetz darstellt.

Bezüglich der beiden erstgenannten Bediensteten wurde inzwischen ein förmliches *Disziplinarverfahren* eröffnet und ein Untersuchungsführer bestellt. Die Verfahren sind dezeit noch nicht abgeschlossen.

Hinsichtlich des dritten Bediensteten – eines Ruhestandsbeamten – ist nach Angaben des BMG nach Abschluß der disziplinarischen Voruntersuchungen das Verfahren eingestellt worden. Der Verstoß habe nicht so schwer gewogen, als daß er die nach § 5, Abs. 2 Bundesdisziplinarordnung bei Ruhestandsbeamten nur mögliche Kürzung oder gar Aberkennung des Ruhegehaltes rechtfertigen würde . . .

Durch verschiedene Regelungen wurde die **Dienstaufsicht des Fachministers über das Bundesgesundheitsamt verbessert und intensiviert.**

Das *Bundesgesundheitsamt* wird künftig von der Möglichkeit finanzieller Förderung durch den Verein keinen Gebrauch mehr machen und damit auch keine finanziellen Zuwendungen des Vereins entgegennehmen.

Darüberhinaus ist festzustellen, daß für andere Institute des *Bundesgesundheitsamtes* entsprechende Fördervereine nicht bestehen.

Der von den Petenten kritisierten Möglichkeit der Einflußnahme auf das *Bundesgesundheitsamt* durch die Asbestverarbeitende Industrie wird somit die Grundlage entzogen. Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Ausschuß, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil **dem Anliegen weitgehend entsprochen wurde."**

Das am 10. August 1988 vom *Bundesgesundheitsamt* eröffnete Stufenplanverfahren zur Einengung des Verbrauches bzw. zum *Verbot Pyrrolizidinalkaloid-(PA)-haltiger natürlicher Heilmittel* wurde aus mannigfachen Gründen häufig kritisiert. Das gilt auch für die im Bundesanzeiger vom 27. Juli 1990 veröffentlichen Aufbereitungsmonographien der phytotherapeutischen Therapierichtung und Stoffgruppe.

In diesem Zusammenhang stehen noch *Dienstaufsichtsbeschwerden* an den *Bundesminister für Gesundheit (BMG)* bevor. Sollten die Bescheide des BMG auf die betreffenden Dienstaufsichtsbeschwerden hinter der von der *Bundesregierung* zugesagten rückhaltlosen Aufklärung aller gegen das *Bundesgesundheitsamt* erhobenen Vorwürfe zurückbleiben, wäre erneut die Kontrollfunktion des Deutschen Bundestages gefordert.

Dr. Ewald Gaul

Wir haben immer wider auf das Grundrecht aus Artikel 17 des Grundgesetzes (Petitionsrecht) hingewiesen: „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemein-

„Wofür arbeitet ihr? Ich halte dafür, daß das einzige Ziel der Wissenschaft darin besteht, die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern. Wenn Wissenschaftler, eingeschüttert durch selbstsüchtige Machthaber, sich damit begnügen, Wissen um des Wissens willen aufzuhäufen, kann die Wissenschaft zum Krüppel gemacht werden, und eure Maschinen mögen nur neue Drangsal bedeuten. Ihr mögt mit der Zeit alles entdecken, was es zu entdecken gibt, und euer Fortschritt wird doch nur ein Fortschreiten von der Menschheit sein."

Berthold Brecht

schaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertetung zu wenden."

Die Absichtserklärung der Bundesregierung, allen Vorwürfen gegen das Bundesgesundheitsamt (BGA) rückhaltlos nachzugehen, muß die Nagelprobe erst noch bestehen. Wir haben reichlich Anlaß, fragwürdigen Praktiken des Bundesgesundheitsamtes, der umstrittensten Bundesoberbehörde, nachzugehen und im Wege der Petition dem Deutschen Bundestag vorzutragen. Im Zusammenhang mit der „Asbest-Affaire" des BGA stellen sich auch noch einige Fragen unter dem Gesichtspunkt der Dienstaufsicht an die seinerzeit zuständige Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Frau Professor Dr. Rita Süssmuth,. Darüber werden wir zu gegebender Zeit berichten.

Die Folgen des „Kalten Krieges"

„Kalter Krieg" und Golf-Krieg liegen hinter uns. Der Golf-Krieg lieferte den Beweis für die Überlegenheit elektronischer Waffen. Sie wurden in den letzten Jahrzehnten im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg entwickelt und waren in übergroßer Dichte an der ehemaligen Grenze zwischen Ost und West in Deutschalnd stationiert. Davon zeugen heute noch die hier stehenden vielen Spionagetürme auf den Mittelgebirgskämmen nahe der früheren DDR-Grenze. In ihrem Strahlenbereich häuften sich auffällig die „Neuartigen Waldschäden als Folge des Kalten Krieges", – siehe anliegenden Bericht (Anl. 1). Obwohl dieser Sachverhalt von jedem Laien bei Ortsbesichtigungen bestätigt werden kann, fehlen verwertbare Stellungnahmen anerkannter Wissenschaftler.

Ähnlich ist die Situation bei Erkrankungen von Menschen. Aus Anlage 2 ist ein starker Anstieg von Krankenhausfällen binnen zehn Jahren bis übers Doppelte bei psychiatrischen, rheumatischen, Krebs- und Nervenerkrankungen ersichtlich. Laut Angaben der Deutschen Tinnitus-Liga leidet inzwischen über 15% der Bevölkerung an ständigem Ohrenrauschen (Tinnitus). Ursachen und Behandlungsmöglichkeiten sind bislang unbekannt. Gleichermaßen ist der starke Anstieg von Allergien und Depressionen allgemein bekannt.

Der von mir seit mehreren Jahren vermutete Zusammenhang vorbenannter Schäden bei Mensch und Umwelt mit dem zu hohen Mikrowellensmog fand nunmehr in dem in erster Auflage im April 1991 in deutscher Übersetzung erschienenen Buch von Dr. R.O. Becker „Der Funke des Lebens" seine Bestätigung. Nachstehend finden Sie ausschnittsweise Kopien der Seiten 377-387 seines Buches.

> Die gegenwärtige militärische Strategie der Vereinigten Staaten stützt sich nicht auf Kernwaffen oder Elitekampftruppen; sie beruht vielmehr auf einer Doktrin, die unter dem Namen C³I (für *command, control, communications and information,* also Führung, Kontrolle, Nachrichtenwesen und Information) bekannt ist. ————
>
> Die einzige Beschränkung, der diese Militärdoktrin seit ihren Anfängen in den vierziger Jahren unterworfen wurde, stammt aus der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und den ersten Jahren des kalten Krieges. In den frühen fünfziger Jahren erkannte das Verteidigungsministerium die Notwendigkeit irgendeiner Art von »Grenzwert für ungefährliche Bestrahlung« durch Mikrowellen an. ————
>
> Aufgrund von bloßen Berechnungen legte die Luftwaffe den magischen Wert von 10 Milliwatt pro Quadratzentimeter als Grenzwert für unschädliche Bestrahlung fest. Die thermische Regel hat in der Folge entscheidenden Einfluß darauf gehabt, daß nichtthermische biologische Wirkungen auch im zivilen Bereich für unmöglich erklärt wurden.

(Man beachte, daß der seit Jahrzehnten in der UdSSR und in anderen Ostblockstaaten zugelassene Grenzwert etwa bei einem Tausendstel des US-Grenzwerts liegt!)

> Der militärische Organismus wurde so geplant, daß er dem Standard von 10-mW/cm² entspricht, und mußte, als er einmal errichtet war, gegen die Annahme verteigigt werden, es könnte auch nichtthermische biologische Wirkungen geben. In dem Moment, wo solche Wirkungen anerkannt würden, bräche der gesamte Organismus in sich zusammen, und der Untergang von C³I wäre besiegelt. Meine Arbeit über die elektrischen Steuerungssysteme und die biologischen Wirkungen elektromagnetischer Felder brachte mich in den frühen fünfziger Jahren mit dieser Kontroverse in Berührung. Mir wurde bald klar, daß alle Beweise für die Existenz nichtthermischer Wirkungen als Angriff auf die Sicherheit des Staates betrachtet wurden. Niemand dachte an den Schutz der Gesundheit, denn die Militärs waren damals ungeachtet der Tatsache, daß es keine eigentlichen Kampfhandlungen gab, der felsenfesten Überzeugung, daß wir uns im Kriegszustand mit der Sowjetunion befänden. Gleichzeitig glaubte man, daß wir diesen Krieg nur gewinnen können, wenn wir die elktromagnetische Energie praktisch ohne Einschränkungen für alle vier Aspekte der C³I-Doktrin einsetzen.
>
> *Man sicherte sich die Kontrolle über die etablierte Wissenschaft, indem man nur für die Projekte Forschungsmittel zur Verfügung stellt, die vorher »gebilligt« worden waren – das heißt, Projekte, die die thermische Regel nicht anfechten würden.* Außerdem schlug man Kapital aus der Neigung der Wissenschaft zum Reaktionären, indem man sich der Unterstützung herausragender Vertreter der technischen und biologischen Berufe versicherte. ————
>
> **Wissenschaftler, die die Frage der von irgendeinem Teilbereich des elktromagnetischen Spektrums ausgehenden schädlichen Wirkungen beharrlich an die Öffentlichkeit brachten, wurden in Mißkredit gebracht. Ihre Forschungsmittel wurden gestrichen.**

Diese von Dr. R.O. Becker gekennzeichnete Situation gilt nicht nur für die USA, sondern auch bei uns. Von „Souveränität" und völliger Unabhängigkeit der deutschen Forschung von fremden Einflüssen kann z.Zt. noch keine Rede sein.

Im letzten Abschnitt seines Buches schreibt Dr. R.O. Becker über praktische Erprobung von „neuen **Killerwaffen**". Sie **arbeiten im Frequenzbereich von 1,2 bis 35 GHz, den für Radar und Richtfunk der letzten Jahrzehnte gebräuchlichen Frequenzbereich!** Im Buchtexte heißt es:

> **»Mikrowellenenergie in dem militärisch wichtigen Bereich von 1 bis 15 GHz dringt in alle Organsysteme des Körpers ein und stellt daher für alle Organsysteme auch eine Gefährdung dar«. Die Auswirkungen auf das Zentralnervensystem werden als sehr wichtig angesehen.** Das Testprogramm, das 1986 anlief, beschäftigt sich mit vier Gebieten: **1. Wirkung durch sofortige Entkräftung, 2. sofortige Reizung durch akustische Wirkungen, 3. Wirkungen durch**

Beeinflussung oder Verhinderung der Arbeit, und 4. Wirkungen auf das reizgesteuerte Verhalten. Der Bericht fährt fort: »Mikrowellenimpulse scheinen sich mit dem Zentralnervensystem zu koppeln und Reize hervorzubringen, die mit nichtthermischer elektrischer Reizwirkung zu vergleichen sind.«

Nachdem vorbenannte Mikrowellenwirkungen in Testprogrammen seit 1986 eindeutig festgestellt wurden, liegt es nahe, Zusammenhänge mit dem seltsamen starken Anstieg bei Erkrankungen von Mensch und Umwelt zu suchen. **Es besteht somit auf dem Mikrowellengebiet ein riesiger Forschungsbedarf. Hierauf versuche ich unsere Bundesregierung über den Petitionsausschuß seit Jahren aufmerksam zu machen, siehe beigefügte Kopien von Antwortschreiben. Doch unter der Einflußnahme des US-Geheimdienstes geschah bislang praktisch nichts.** Die nunmehr im Augsut 1990 vom BMU und BfS ausgeschriebenen Forschungsvorhaben, – siehe Anl. 1, Seite 4 –, sind unzureichend und werden vermutlich wieder von den „falschen", unter fremden Einflüssen stehenden Instituten wahrgenommen.

Mit meiner anliegenden Petition vom 9. Mai versuche ich einen erneuten Vorstoß, daß jetzt endlich die Ursachen der seltsamen Schäden der Vergangenheit geklärt und Abhilfemaßnahmen ergriffen werden. **Es geht um Schäden in Milliardenhöhe pro Jahr.** Nachdem angeblich Deutschland jetzt seine volle Souveränität zurückerlangt hat, gibt es keine realen Hemmnisse mehr, sauber und von außen unbeeinflußt zu forschen. Nach Vorlage zuverlässiger Forschungsergebnisse muß die Bundesregierung Regeln über „Entschädigungen für die Folgen des Kalten Krieges" erarbeiten. Das verlangt die Gerechtigkeit den Geschädigten gegenüber.

Ich weiß, daß ich im Alleingang mit meinen Petitionen im Deutschen Bundestag wenig ausrichten kann. ich brauche die Unterstützung der Öffentlichkeit und vorrangig der Medien und im Bundestag vertretenen Parteien. Daher bitte ich Sie, Licht in das bisherige Dunkel auf dem Gebiet der Mikrowellenschäden bei Mensch und Umwelt zu bringen und schnellstmöglich Abhilfemaßnahmen zu fordern.

Dr.-Ing. W. Volkrodt, Waldsiedlung 8, D-8740 Bad Neustadt

Neuartige Waldschäden als Folge des „Kalten Krieges"

Von Wolfgang Volkrodt *)

Wer die neusten Waldschädenberichte mit Aufmerksamkeit gelesen hat, stolpert möglicherweise über die Feststellung: „Der 'Saure Regen' scheidet als alleinige Ursache für neuartige Waldschäden aus. Es muß noch andere Schadensursachen geben." Andererseits scheint klar, daß die Bodenversauerung in Mitteleuropa in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen hat. Paradoxerweise gilt dies auch für typische Reinluftgebiete, in denen es folglich kaum 'Sauren Regen' gibt. Daraus ergibt sich das scheinbare Rätsel, wie kann ein Boden sauer werden, wenn der chemische Eintrag von Säure aus der Luft fehlt. Gibt es noch andere Mechanismen, die zu Veränderungen im Ionenhaushalt führen können? Ja, – z.B. die Elektrolyse. Dazu ist erforderlich, daß im Boden ein elektrischer Strom fließt, der durch Anlagerung von Elektronen an wassergelöste Mineralien zu einer Ionenbewegung führt. Was wir dann als pH-Wert messen, ist der negative dekadische Logarithmus der Wasserstoffionen-Konzentration, also der Kationen.

*) Dr.-Ing. Wolfgang Volkrodt war 30 Jahre in leitender Position in der Elektroindustrie tätig. Seit 1980 ist er den Umweltschäden durch elektromagnetische Wellen auf der Spur.

Elektrolyse im Waldboden

Wie kann ein elektrischer Strom aus der Umwelt in den Erdboden gelangen? Hier gibt es eine interessante Hypothese, die bislang wegen Fehlens einschlägiger Forschungsvorhaben leider noch nicht wissenschaftlich exakt bewiesen werden konnte. Es ist aufgefallen, daß sich neuartige Waldschäden im Strahlen-Einwirkungsbereich von Radar- und Richtfunksendern auffällig häufen. Bereits 1987 traf Prof. A. Hüttermann folgende Feststellung (1):

„Es steht absolut außer Frage, daß das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland eine hohe Installationsdichte von Sendern sowohl im Funk- und Fernsehbereich aufweist, als auch im Funkmeßbereich (Radaranlagen). – Es kann auch keinen Zweifel daran geben, daß elektromagnetische Wellen von den Bäumen und auch deren Blätter und Nadeln „empfangen" werden. – Es kann ganz eindeutig davon ausgegangen werden, daß eine Wechselwirkung mit den elektromagnetischen Wellen stattfindet. Die Blätter und Nadeln, aber auch die ganzen Bäume, sind zwar keine optimalen elektrischen Leiter. Aber es kann in ganz einfach durchzuführenden Experimenten gezeigt werden, daß elektromagnetische Wellen von diesen empfangen werden, d.h., daß dadurch ein Fluß von elektrischen Ladungsträgern in den Nadeln und Blättern induziert wird.

In einer vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) auf der 99. Sitzung der Strahlenschutzkommission am 27. September 1990 herausgegebenen Stellungnahme heißt es (2) (3):

„Die Absorption von Hochfrequenzenergie in Pflanzen oder anderen biologischen Objekten hängt von der Größe, Form und Position des Objektes relativ zum äußeren Feld ab. Hierbei kann es zu resonanzartigen Absorptionsüberhöhungen kommen, die z.B. für Nadeln und Blätter von Bäumen im Frequenzbereich zwischen 2 GHz und 20 GHz maximal den Faktor 3 betragen."

Der genannte Frequenzbereich ist typisch für Richtfunk- und Radaranlagen. In der BfS-Stellungnahme werden Richtwerte für Leistungsflußdichten von Mikrowellenfunkanlagen, wie **von der Bundespost-Telekom zur Übermittlung von Ferngesprächen oder Fernsehprogrammen fast flächendeckend als Netz über Deutschland eingesetzt,** ist in den Richtfunkstrecken mit Leistungsflußdichten im Bereich von 1 bis 100 Mikrowatt/m^2 auszugehen.

Ist möglicherweise die immer wieder, auch in Reinluftgebieten festgestellte **Bodenversauerung nicht chemischen, sondern elektrolytischen Ursprungs?** Dazu ein stark vereinfachtes Zahlenbeispiel: Unterstellen wir eine relativ geringe Leistungsflußdichte von 10 Mikrowatt/m^2. Ein Teil der Strahlenenergie werde durch eine Baumgruppe von 100 Bäumen mit z.B. je 100 m^2 Blattoberfläche eingefangen und dort in Leiterelektronen, die sich Ionen anlagern und mit diesen im Baum zum Erdboden abwandern, gewandelt. Aus den von der Baumgruppe ein-

Um kostspielige Erinnerungsschreiben zu vermeiden möchten wir auf diesem Wege auf die fälligen Beiträge für 1991 hinweisen. Sofern Ihre Zahlungen zwischenzeitlich noch nicht erfolgten, bitten wir um eine baldige Anweisung auf unser Postgirokonto Hannover Nr. 2949-307 oder Volksbank Vlotho eG Nr. 1555630 (BLZ 49062112).
Für Ihre Mühe ein herzliches Dankeschön im Voraus.

Ihre Bundesgeschäftsstelle

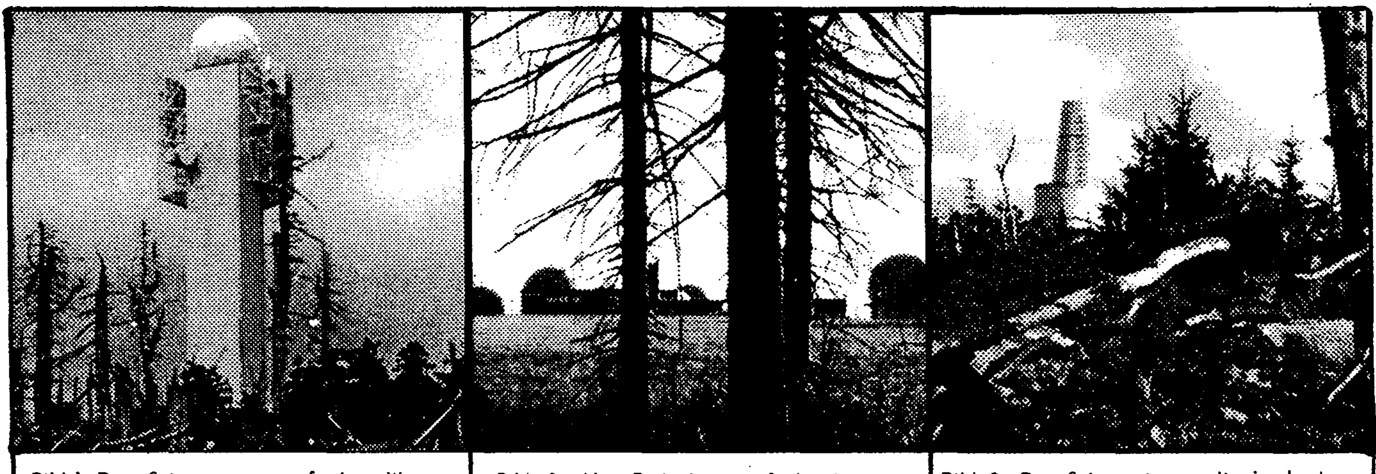


Bild 1: Der Spionageturm auf dem Würmberg/Harz gegenüber dem Brocken. Oben die Radarkuppel. Ringsum toter Wald.

Bild 2: Alte Radardome auf der Wasserkuppe/Rhön. Diese Anlage hat im Frühjahr 1984 den 5 km entfernten Wald auf dem Stirnberg „ermordet".

Bild 3: Der Spionageturm mit eingebautem Radar auf dem Schneeberg/Fichtelgebirge. Nicht nur im Fichtelgebirge, sondern auch westlichen Erzgebirge starben die Wälder.

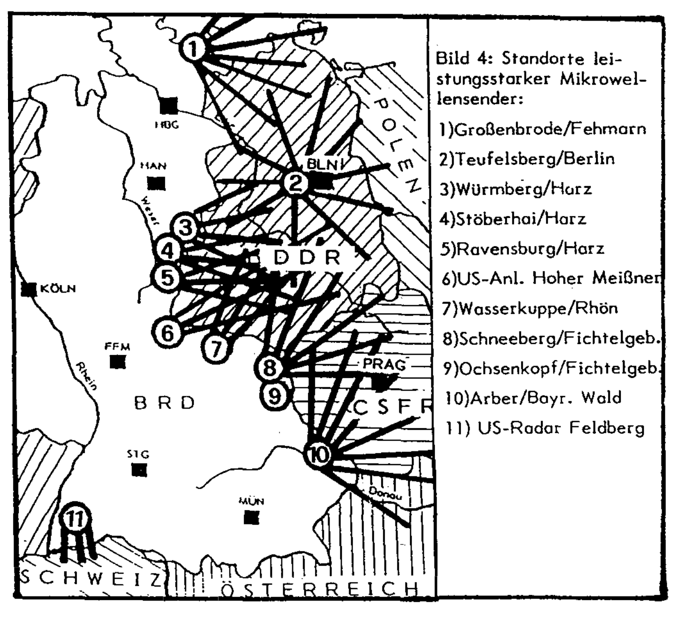


Bild 4: Standorte leistungsstarker Mikrowellensender:
1)Großenbrode/Fehmarn
2)Teufelsberg/Berlin
3)Würmberg/Harz
4)Stöberhai/Harz
5)Ravensburg/Harz
6)US-Anl. Hoher Meißner
7)Wasserkuppe/Rhön
8)Schneeberg/Fichtelgeb.
9)Ochsenkopf/Fichtelgeb.
10)Arber/Bayr. Wald
11) US-Radar Feldberg

gefangenen, winzig erscheinenden 0,1 Watt werden binnen zehn Jahren Einwirkung der Richtfunkstrahlen 8,8 Kilowattstunden. Diese Energie reicht aus, um aus Wasser durch Elektrolyse 2.000 Liter Wasserstoffgas zu spalten. Dies diene als Vergleichsgröße nur zur Veranschaulichung. In Wirklichkeit geschieht im Erdboden eine Veränderung des Ionengleichgewichts, die wir dann, – auch in Reinluftgebieten –, als 'Versauerung' messen. Sie stört nicht nur den Mineralhaushalt der betroffenen Bäume, sondern beeinträchtigt auch das Bodenleben.

Bei diesem Beispiel wurde in Anlehnung an die Betrachtungsweise des BfS angenommen, daß die von den Bäumen eingefangene Energie aus Hochfrequenzfeldern zu einer Verschiebung freier Ladungsträger im Baum und Erdboden führt. Da bekanntlich die elektrische Durchlässigkeit z.B. von Zellmenbranen von der Stromrichtung abhängt, erfolgt eine Art Gleichrichtung des Ladungsträgerflusses.

Verhängnisvolle Radarstrahlen

„Flugüberwachungs- und Militärradaranlagen werden meist mit Pulsleistungen im Bereich von mehreren Millionen Watt betrieben. Direkt im Sendestrahl können bis zu einer Entfernung von einigen hunder Metern Leistungsflußdichten über 10 Watt/m² auftreten, – schreibt das BfS. Vorbenannter Wert ist insofern stark geschönt, weil man die hohen, kurzzeitigen Spitzenleistungen auf die Gesamtzeit inklusiv der strahlungslosen Zeit umrechnet. Dennoch liegt die vorbenannte Leistungsflußdichte von 10 W/m² millionenfach höher als die des Richtfunks.

Im Zahlenbeispiel für Richtfunk mit einer Leistungsflußdichte von 10 Mikrowatt/m² ermittelten wir bei 10jähriger Einwirkung eine Energie von 8,8 kWh, womit man 2.000 Liter Wasserstoff durch Elektrolyse erzeugen könnte. Bei Radar mit 10 Watt/m² erhöht sich die von der angestrahlten Baumgruppe eingefangene Leistung auf 100 kW, woraus bei zehn Jahren Einwirkungszeit 8.800.000 Kilowattstunden entsprechend 2 Millionen Kubikmeter elektrolytisch abgespalteter Wasserstoff werden. Eine unglaubliche Zahl!

Von manchen wird die Meinung verteten, daß die sehr kurzen, nadelartigen Pulse des Radars biologisch weit verhängnisvoller sind als der zeitlich gleichmäßige Betrieb einer Richtfunkstrecke. Wie es auch sei: **Militärisches Radar scheint ein besonderes Verderbnis in unserer Umwelt zu sein,** dem mehr Schäden als dem Richtfunk zuzuordnen sind. Im Zuge des „Kalten Krieges" ist West- und Ostdeutschland mit einer Fülle von Radaranlagen bestückt worden. Folglich müssen wir ihnen besondere Beachtung als eventueller Waldschädenverursacher schenken.

Forschungsdefizite

Das Thema „Schäden durch elektromagnetische Wellen" beschäftigt den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestags durch entsprechende Eingaben **seit etwa 1987.** In einem Schreiben vom 19. April 1990 teilt Herr Dr. Kemmer vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) mit, „daß das gesamte Spektrum so vielschichtig ist, daß eine wissenschaftliche Aufarbeitung eine lange Forschungsarbeit erfordern würde. Die sektoral geführte Forschung reicht nicht aus."

Am 10. August 1990 hat das BfS mehrere Forschungsarbeiten öffentlich ausgeschrieben, mit deren Hilfe binnen drei Jahren „Untersuchungen zu den Wirkungsmechanismen von Hochfrequenzstrahlung" erfolgen sollen. Dabei sollen u.a. Zellmenbraneffekte bei gepulster Hochfrequenzstrahlung, – also bei Radar –, abgeklärt werden (4).

Allein die Tatsache, daß erst jetzt Forschungsvorhaben zur Klärung negativer biologischer Effekte auf Mensch und Umwelt anlaufen, beweist, daß alle bisherigen Veröffentlichungen, die sich mit Waldschäden durch elektromagnetische Wellen befaßten, **einer wissenschaftlichen Basis entbehrten und rein spekulativ waren.** Das

gilt auch für die neueste Veröffentlichung von Anfang 1991 im Bundesanzeiger mit dem Titel „Richtfunk und Radar rufen keine Waldschäden hervor". (3) **Wer veranlaßt derart unwissenschaftliche Veröffentlichungen?** Etwa eine Lobby, die Angst vor Entschädigungszahlungen für von ihr angerichtete Waldschäden hat? In drei oder mehr Jahren, nachdem endlich systematischer als bisher geforscht wurde, will es niemand gewesen sein, der lediglich aus Gründen des Zeitgewinns bislang falsche Behauptungen in die Welt gesetzt hat.

Inzwischen sterben unsere Wälder ungebremst weiter, obwohl sich im letzten Jahrzehnt der Schadstoffanteil von SO_2 auf ein Drittel reduziert hat, und der von NO_x in der Luft nicht mehr merklich ansteigt. Dabei ist unklar, ob NO_x tatsächlich zu neuartigen Waldschäden führt, oder, wie mehrmals festgestellt, als Dünger wirkt und zum Wuchern von Waldpartien führt. (5)

Es ist unbefriedigend, noch mehrere Jahre warten zu müssen, um eine eindeutige Antwort zu finden, ob möglicherweise die starke Verbreitung von Radar und Richtfunk in den letzten Jahrzehnten die wesentliche Ursache für das Auftreten neuartiger Waldschäden ist. Doch inzwischen gibt es eine Chance für eine schnelle indirekte Beweisführung. Sie wurde durch den Wegfall der Grenze zur ehemaligen DDR gegeben.

Am Ende des „Kalten Krieges"

Auf den Mittelgebirgen beidseitig der ehemaligen DDR-Grenze, aber teilweise auch landeinwärts, wurden sowohl vom Westen als auch Osten eine Vielzahl von „Spionagetürme" gebaut. Sie dienten zum Abhören des gegnerischen Telefon- und Funkverkehrs, aber auch zum Aufspüren von militärischen Bewegungen zu Lande und in der Luft mittels Radar. Bild 1, 2 und 3 zeigen die typische Bauweise solcher Anlagen. Auf der Karte Bild 4 sind die Standorte gekennzeichnet, die der Verfasser seit etwa 1987 aufsuchte und mit Hilfe von Fotos die dort besonders auffälligen neuartigen Waldschäden festhielt. Eine Dokumentation von 32 solcher Fotos wurde vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) begutachtet. In der Stellungnahme heißt es, „daß die Bilddokumentation der Überprüfung nicht in allen Fällen standhalten konnte". Anders ausgedrückt: Doch in den meisten Fällen war sie überzeugend! Die Ausnahmen betrafen offensichtlich die Fotos, bei denen der Waldschädengrad nicht deutlich genug erkennbar war, ein Problem, das allen solchen Fotografien anhaftet.

Die vielen inzwischen mitten im vereinten Deutschland liegenden Spionagetürme sind jetzt sinnlos geworden (6). Zusätzlich dürfte im Zusammenhang mit dem Golf-Krieg in moderner Elektronik erfahrene Spezialisten anderswo dringender als hier benötigt werden.

Bei vor kurzem erfolgter Besichtigung ehemaliger Anlagen der UdSSR auf dem Brocken/Harz und dem Beerberg/Thüringer Wald hat man den Eindruck, daß hier nichts mehr läuft und die Radar- und Richtfunkanlagen ausgeschaltet sind. Der seit z.T. zwei bis drei Jahrzehnten von ihnen angestrahlte Wald erhält eine Chance, sich zu erholen.

Noch nicht so klar erkennbar, ob die militärischen Mikrowellensender noch arbeiten, war im vorigen Spätsommer die Situation auf dem Würmberg/Harz und dem Schneeberg/Fichtelgebirge mit ihren toten Wäldern im Strahlenbereich. Doch die örtlichen Forstbehörden werden es inzwischen wissen, ob noch jemand in den Türmen sitzt oder diese Anlagen stillgelegt sind.

Jetzt heißt es aufzupassen: beginnen die bislang geschädigten Wälder sich zu erholen, oder kränkeln sie die nächsten Jahre unverändert weiter? An solchen Erkenntnissen sind auch die Kurverwaltungen wie die von **Braunlage, Bad Harzburg im Harz oder Bischofsgrün im Fichtelgebirge** interessiert. Sie wollen wieder ohne Einschränkung als Luftkurorte akzeptiert werden. Die Feststellung von Urlaubern, daß in der Nachbarschaft des Luftkurorts die Wälder sterben, demzufolge dort die Luft extrem schadstoffhaltig sein müßte, hat dem Image solcher Kurorte erhebliche Schäden zugefügt. Davon möchte man baldigst weg.

Kriterien zur Identifikation

Die in Gebieten mit starken neuartigen Waldschäden ansässigen Forstbehörden können Entscheidendes tun, um den dortigen Schadensverursacher in Form einer Spionage- oder Radaranlage als Relikt des „Kalten Krieges" zu identifizieren. Sie sollten sich um die Klärung folgender Kriterien bemühen:

1. Deckt sich die räumliche Verteilung der Gebiete mit den schlimmsten Waldschäden mit dem Strahlungsbereich der auf sie einwirkenden Radar- und Richtfunksender? Richtfunksender strahlen ähnlich Scheinwerfern in Richtung der offenen Parabol-Antennenschüssel. Bei Radaranlagen kreist der Strahl meist um die Kuppel. Kann man die Kuppel per Fernglas von einem benachbarten Bergkamm sehen, so dürfte der hier befindliche Wald angestrahlt worden sein.

2. In welchem Jahr wurde der „Spionageturm" oder ähnliche Anlage errichtet und in Betrieb genommen? War zuerst dort der Wald gesund? Wann wurden die ersten neuartigen Waldschäden erkennbar?

3. Was weiß man über die Konzentration von Luftschadstoffen im geschädigten Waldgebiet? Waren sie, wie es in der Nähe anerkannter Luftkurorte zu erwarten ist, niedriger oder erheblich höher als z.B. **im Ruhrgebiet, wo die neuartigen Waldschäden relativ gering sind?**

4. Wenn schließlich noch festgestellt werden kann, daß nach erfolgtem Abschalten eines Spionageturms der benachbarte Wald sich wieder erholt, dann dürften wohl kaum noch Zweifel möglich sein, daß die in den letzten Jahrzehnten im Rahmen des „Kalten Krieges" errichteten Mikrowellenfunk-Anlagen erheblich schuld am neuartigen Waldsterben sind.

Entschädigungsansprüche stellen

Lohnen sich für staatliche und private Forstbetriebe vorstehende Ermittlungen? Auf jeden Fall? Bei bisherigen Entschädigungsklagen von Waldbesitzern wie z.B. der Stadt Augsburg wurde argumentiert, man müsse die primären Waldschädiger konkret beim Namen nennen. Dies sei bislang nicht möglich. Für den „Sauren Regen" seien Kraftwerke, Autofahrer und die Feuerungsanlagen in Häusern gleichermaßen als anonyme Masse schuldig.

Wenn sich nunmehr herausstellt, daß die im Zusammenhang mit dem „Kalten Krieg" erstellten und betriebenen Spionage- und ähnliche Mikrowellenfunkanlagen eindeutig neuartige Waldschäden verursacht haben, **so können sie mit Namen wie NATO oder US-NSA benannt werden.** Dann haben diese Stellen auch für die Folgen ihres „Kalten Krieges" gerade zu stehen und zu zahlen. Übrigens befaßt sich der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages seit Mitte 1990 unter Pet 1-11-05-0-41168 mit der Frage solcher Entschädigungszahlungen.

Literaturnachweise:

1) HÜTTERMANN, A. 1987: Zur Frage einer möglichen Beteiligung von elektromagnetischen Strahlen an der neuartigen Schädigung des Waldes – Der Forst- und Holzwirt 23.11.1987.

2) BfS-Infoblatt 2/90: Schutz von Personen vor gesundheitlichen Risiken von Radio- und Mikrowellen. – Bundesamt für Strahlenschutz, Postf. 10 01 49, 3320 Salzgitter 1.

3) BfS: Richtfunk- und Radarstrahlen rufen keine Waldschäden hervor. – Veröffentlichung im *„Bundesanzeiger" für Anfang 1991 geplant.*

4) DIE ZEIT Nr. 33 v. 10. August 1990: Anzeige des BfS über 6 Forschungsvorhaben mit Laufzeit 36 Monate.

5) H: SCHUH, 1989: Hie Waldsterben, da Waldwuchern. DIE ZEIT Nr. 47 v. 17.1189, S. 80.

6) MAIN-POST v. 17.4.1990: USA planen Reduzierung ihrer Spionageaktivitäten. – Geplant ist die Schließung zahlreicher hochmoderner amerikanischer Horchposten.

Wie kann man elektromagnetische Belastungen im Haus wirksam verringern?

Auch ohne Messung der elektromagnetischen Strahlungsbelastung ist es möglich, zumindest einen Teil des „Elektrosmogs" zu vermeiden, der von elektrischen Geräten, Anlagen und Leitungen im Wohn- und Arbeitsbereich verursacht wird.

Die einfachste Möglichkeit besteht darin, den Stecker elektrischer Geräte herauszuziehen, wenn sie nicht gebraucht werden. Praktisch sind auch Stecker, die einen Schalter eingebaut haben, so daß es möglich ist, ein Elektrogerät bereits von der Steckdose her stromfrei zu schalten. Dabei ist darauf zu achten, daß auch wirklich die stromführende Phase abgeschaltet wird.

Mit einem Netzfreischalter kann man einzelne oder auch mehrere Räume automatisch stromfrei schalten lassen, wenn man dort z.B. nachts keinen Strom benötigt. Solche Netzfreischalter werden im Verteilerkasten in wenigen Minuten eingebaut. Sobald wieder Strom benötigt wird, registiert der Netzfreischalter z.B. das Einschalten irgendeiner Nachttischlampe in dem kontrollierten Stromkreis und schaltet wieder Strom ein.

Leider reichen diese Maßnahmen in vielen Fällen nicht aus, um eine Verringerung der elektromagnetischen Strahlungsbelastung auf ein Niveau zu erreichen, daß erfahrungsgemäß keinen Elektrostreß verursacht. Dann, wenn beispielsweise isolierte Stegleitungen verlegt worden sind, die ständig Kriechströme in den Wänden verursachen. Derart elektrisch verseuchte Wände können die Ursache für eine sogenannte „kapazitive Körperankopplung" an umgebende elektrische Spannungspotentiale von mehreren Volt im Körper eines Menschen ein.

Strahlungswerte in der Wohnung können auch selber gemessen werden. Dabei kann auch direkt am Körper gemessen werden, in welchen Maße die körpereigenen elektrischen Vorgänge, wie etwa der Herzrhythmus oder das Nervensystem, durch den hausgemachten Elektrosmog belastet werden.

VORARLBERGER NACHRICHTEN, 11.8.1990

„Im Atemholen sind zweierlei Gnaden . . .

Zum Lebenswerk von Marianne Liepe-Boening

Den Kurgästen des Nordseebades Dangast ist Marianne Liepe-Boening längst eine vertraute Helferin, die als Diplom-Atemtherapeutin und Yoga-Lehrerin zur erhofften Stärkung der Gesundheit im dortigen Kurzentrum alljährlich Kurse zur Atem- und Sprachtherapie anbietet – dies unter dem schlichten, aber zutiefst wahren Thema **„Dein Atem, dein Leben"**.

Wir wissen: „Ein Wichtigstes für dieses Leben im physischen Leibe ist ein Atemzug, ein Einatmen und Ausatmen, denn auf diesem Einatmen und Ausatmen beruht ja im Grunde genommen unser physisches Leben; sobald das Atmen unterbrochen wäre, würden wir nicht physisch leben können. Ein Atemzug ist in der Tat etwas sehr bedeutungsvolles . . . Wir wandeln durch unseren eigenen Organismus die Luft wiederum um, so daß sie Todesluft ist, daß sie uns töten würde, wenn wir sie in dem Zustande, in dem sie ist nach einem Atemzug, wiederum einatmen würden." So kennzeichnet Rudolf Steiner in einem Vortrag die Bedeutung dieser Lebensmacht, und stellt dar, daß

nicht weniger bedeutsam der Rhythmus ist, in dem sich das Atmen vollzieht. Im Durchschnitt hat der Mensch in einer Minute 18 Atemzüge, d.h.: unser Leben wird durch den Atem 18 mal in einer Minute erneuert. Summieren wir die Atemzüge, die wir innerhalb eines Tages, also innerhalb von 24 Stunden tun, so ergeben sich in einer Stunde 18x60 = 1.080. Das ergibt in 24 Stunden 1.080x24 = 25.920! Nun ist das merkwürdige, daß die Atmungsrhythmen eines einzigen Tages damit eine Zahl darstellen, welche jener entspricht, welche die Sonne für den Umlauf in dem sog. „Platonischen Jahr" benötigt. Darunter versteht man die Zeit, welche die Sonne braucht, um ihren wechselnden Aufgangspunkt in den aufeinander folgend durchschrittenenen Sternbildern wieder zu erreichen. Der Frühlingspunkt des Sonnenaufganges regelt den ganzen Tierkreis und kommt nach 25.920 Jahren wieder an die alte Stelle. Damit ist ein „Weltenjahr" vergangen und gewissermaßen eine astronomische Einheit dargestellt.

Unser Atmungsprozeß vollzieht sich also in einem Rhythmus, der im Großen dem Rhythmus des Sonnengangs entspricht. Der Mensch wird damit zu einem mikrokosmischen Abbild des Makrokosmos. Auch dadurch kann die Bedeutung des Atemrhythmus erkennbar werden. Davon zu wissen, läßt dort, wo das Atmen bewußt erübt wird, solches Bemühen in besonderer Weise zu einem Erlebnis werden, und wir verstehen, wenn Marianne Liepe-Boening auf das „frohe Erwachen" besonders hinweist und neben ihren Übungen zu einer „Atem-Andacht" einlädt. Es kann nur wohltuend sein, sich in Zusammenklang mit dem Kosmos zu erleben. Ein altes Wort aus der urpersischen Überlieferung des Avesta spricht von dem Berggipfel als der Stätte, „wo sich im Weltenrhythmus behaglich atmen läßt."

Marianne Liepe-Boening hat ein entsprechendes Erlebnis vermittelt, indem sie ohne Unterbrechung 20 Jahre lang an der Volkshochschule in Rotenburg/Wümme unterrichtet hat. Der Kurdirektor von Dangast dankte ihr für die „mit großem Erfolg in Dangast durchgeführten Kurse", indem er zum Ausdruck brachte, „keiner versteht es wie Sie, Frohsinn und Beschwingtheit in Einklang mit Körper und Seele zu bringen. Schon allein durch Ihr strahlendes Auftreten vermitteln Sie immer wieder Freude und Wohlsein!"

Dr. Otto Albrecht **Isbert**, der bereits in den Aufbaujahren des COLLEGIUM HUMANUM als Dozent für „westliches Yoga" und Atem-Therapeut zahlreiche und immer wieder gern besuchte Seminare und Übungswochen hielt, Verfasser einer profunden Literatur zu diesem Thema, würdigte bereits vor mehr als einem Jahrzehnt die Arbeit von Marianne Liepe-Boening und ihres „Institut für Gesundheits-Vorsorge" in Scheeßel (Krs. Rotenburg/Wümme) in Atem, Bewegung und Sprache: „Marianne Liepe-Boening hat ihre Lehrberechtigung bereits 1928 bei Prof. Engel in Dresden erworben . . . Ihr Bestreben geht davon aus, die Atmung durch Körper-Übungen auch mit Hilfe von Yoga-Asanas zu fördern. Daraus hat sich ein kombinierter Einzel- und Gruppenunterricht gebildet, mit dem Marianne Liepe-Boening auch schon beim Seminar 1982 der Hamburger Yogaschule erfolgreich mitwirkte. Ihre Sprachschulung knüpft unmittelbar an Körper und

Bewegung an, zunächst mit Lautgestaltung, wobei sie bestrebt ist, Atem, Bewegung und Sprache auf einen Nenner zu bringen. Dabei ist eine Bewußtseins-Entwicklung angestrebt, wofür sie Kurse auch außerhalb ihres Instituts bei Volkshochschulen durchführte, so auch im COLLEGIUM HUMANUM. Auch am Sender Köln hatte sie zwei Jahre lang Gelegenheit, ihr System bekannt zu machen. Die Diplomlehrerin kann auf eine erfolgreiche Praxis in der Gesundheitsfürsorge – als Logopädin wie auch als Therapeutin – zurückblicken."

Wir wünschen der inzwischen 90-jährigen Seniorin, daß es ihr vergönnt wird, ihre reichen Erfahrungen einer würdigen Nachfolge zu übergeben, um den Ertrag ihres Lebenswerkes noch weiterentwickelt zu sehen.

(Hinweise oder entsprechende Bewerbungen um die Weiterführung der Praxis im Raume Bremen-Nordheide werden von der Bundesgeschäftsstelle des WSL gerne weitergeleitet).

Werner Georg Haverbeck

Einladung zum Mittsommer-Fest 1991

„Der Mensch als Spiegel des Kosmos"

vom 21.-23. Juni im COLLEGIUM HUMANUM

In diesem Jahr erwarten wir eine Begegnung mit Freunden aus Thüringen, die gern die Externsteine kennenlernen wollen und uns in ihr uraltes heimatliches Brauchtum einführen werden. Wer den Sonnenaufgang am Morgen des Sonnenwendtages im Sacellum der Externsteine erleben will, ist bereits am Donnerstag, den 20. Juni, eingeladen, sonst Anreise am Freitag zur gewohnten Zeit.

In den Mittelpunkt unserer geistigen Betrachtungen soll diesmal nicht alte Überlieferung oder kosmisches Geschehen gestellt werden, sondern der Mensch in seinem Bezug zum Kosmos: sein physischer Organismus, Voraussetzung der Lebensgesetze im sozialen Organismus, dem wir als Individualitäten angehören.

Für die Darstellung der im Kosmos waltenden Gesetze erwarten wir **Prof. Dr. Theodor Schmidt-Kaler, Ordinarius für Astronomie an der Universität Bochum.** Über die Ganzheit des Menschen als Spiegel des Kosmos wird Jean Ringenwald, der Begründer der TROUBADOUR-Initiative, sprechen. Zum Mittsommerabend werden wir uns nach Märchen und Liedern um das Sonnenwendfeuer vereinen. Herzlich willkommen! (Mit Liederbuch und Musikinstrument, so vorhanden).

Für das COLLEGIUM HUMANUM
Werner Georg Haverbeck

Ferien vom Ich

Ferien-, Übungs- und Erfahrungskurse vom 5. – 11.9.91 mit Rüdiger von Roden im Weserbergland

Was suchen wir alle heutzutage in einem Urlaub, von dem wir uns eine Wiederbegegnung zwischen unserem konventionellen Rollen-Ich mit den verdrängten oder verfremdeten Gefühlen und Willensimpulsen erhoffen?

Anleitung zu innerer Verwandlung und Erneuerung bieten die Ferienkurse des Psychotherapeuten und Dürckheim-Schülers Rüdiger von Roden. Sein neues Buch „Reise zu dir selbst" gibt Einblick in diese Weise der Gruppenarbeit. Der diesjährige Kurs findet im COLLEGIUM HUMANUM statt. Weiter gibt es Seminare, Workshops und einen längerfristigen, aufbauenden Kurs mit mehreren Wochenenden, über ein Jahr verteilt.

Nähere Informationen: Seminardienst Rüdiger von Roden, Petritorwall 30a, 3300 Braunschweig, Tel. 0531/ 794421.

Buchbesprechung

Hans-A. Piper

Medizin ohne Nebenwirkungen

Über 60 Prozent der Bundesbürger behandeln sich im Krankheitsfall mit biologischen Heilmitteln selbst – Tendenz steigend! Angst vor den unübersehbaren Nebenwirkungen chemischer Medikamente fördert diesen Trend.

Selbstbehandlung ohne sachkundige Anleitung kann jedoch problematisch werden. Hier gibt das Taschenbuch MEDIZIN OHNE NEBENWIRKUNGEN wertvolle Hilfestellung: Für mehr als hundert Krankheiten werden bewährte, nebenwirkungsfreie biologische Heilmittel empfohlen. Gleichzeitig weist der Autor auf die Grenzen einer Selbstbehandlung hin und zeigt auf, wo die eigentlichen Ursachen der meisten Erkrankungen liegen. Ein Sonderteil über die risikolose Behandlung von Babys und Kindern ergänzt dieses bewährte Ratgeber-Buch, das jetzt in der 3. erweiterten und aktualisierten Auflage vorliegt.

Hans-A. Piper, MEDIZIN OHNE NEBENWIRKUNGEN, Jovis-Verlag, 1991, DM 16,80, ISBN 3-923604-01-7

Bericht aus Ostpreußen

Im Anschluß an die erste deutsche Historiker-Konferenz in Wilna fand eine Exkursion in das sowjetrussisch besetzte nördliche Ostpreußen statt. Ein Teilnehmer berichtet darüber: „... keine europäische Gegend ist derart verfallen und vernachlässigt, wie das nördliche Ostpreußen. Die Rominter Heide hat sich auf große Strecken unbebauter Feldmarken und Wiesenfluren weit nach Norden ausgebreitet. Da die Drainage völlig außer Kontrolle geraten ist, breiten sich überall Sümpfe aus, die es in den letzten hundert Jahren dort nicht gab. Die Orte sind menschenleer, verfallen weiter vor sich hin; sie wirken weit trostloser als russische und sibirische Dörfer. Fast alle Siedlungen außerhalb der geschlossenen Ortschaften sind verschwunden oder verlassen. Das Land ist menschenleer in einem unvorstellbaren Ausmaß ... Nicht aus militärischen Gründen, sondern weil man sich offenbar schämt, das Land derartig vernachlässigt zu haben, darf man das nördliche Ostpreußen nicht betreten. Ganz anders sieht es im Memelland aus. Ist das Königsberger Gebiet der verkommenste Teil Ostpreußens, so ist das Memelland der besterhaltene Teil.

E. S.

Ergänzend zu diesem erschütternden Bericht über den derzeitigen Zustand einer unserer ehemals schönsten deutschen Provinzen sei mitgeteilt, daß gerade auch in Ostpreußen in den 30er jahren die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise große Erfolge erzielen konnte und sich in ständiger Ausweitung befand. Wir hoffen, daß wir in der nächsten Ausgabe einen Bericht über die erfolgreiche Umstellung eines der hervorragendsten Betriebe Ostpreußens bringen können, der Domäne Voigtshof unseres verstorbenen Freundes Fritz Kramer.– Jetzt sind Versuche imgange, Wolga-Deutsche im nördlichen Ostpreußen anzusiedeln. Das OSTPREUSSENBLATT bat uns um Vorschläge für den Aufbau ökologischer Betriebe. Oswald Hitschfeld hat dem Wunsche entsprochen. Seine Stellungnahme wird von uns veröffentlicht werden.

EOC

Die **hemmungslose Umweltverschmutzung** in den von den Polen besetzten deutschen Industriegebieten Oberschlesiens hat zu erhöhter Kindersterblichkeit geführt. Nun hat die Warschauer Behörde für Zivilschutz dagegen „kriegsähnliche Maßnahmen" („Der Spiegel", 6.8.90) angekündigt, u.a. die Austeilung von 100.000 Gasmasken und 400.000 anderer Atemschutzmittel. Notstandspläne sehen die Verlegung von Schulen und Siedlungen aus den betroffenen Gebieten vor. An den Ursachen jedoch, dem ungehemmten Ausstoß von Schadstoffen, wird kaum etwas geändert. Die ehemals mustergültigen deutschen Gebiete werden so unter polnischer Verwaltung skrupellos zerstört.

Haltungsschäden

Bevor das Golfdesaster zum Kriege kulminierte, warnten einsichtige, erfahrene Männer dringend vor dem letzten Schritt. Sie forderten zur Besinnung auf, um nach Möglichkeiten zu suchen, die das verhindern sollten, was jetzt eingetreten ist. Kuwait wurde restlos befreit, sogar von der Sonne. Der Irak blutet wieder und zu leiden hat wie immer das Volk. Der Krieg geht also wie zu erwarten und beabsichtigt weiter. Im Norden fliehen die Kurden, die von den Israelis mit Handfeuerwaffen und Raketen ausgerüstet, den Aufstand gegen Saddam versuchten. (Eckf. Zeitung v. 26.3.91) Solchermaßen politisch mißbraucht, haben sie jetzt die Zeche zu bezahlen, nachdem ihr Versuch, sich selbständig zu machen, wie erwartet, von den Irakern zusammengehauen wurde.

Gerade an dem Volk der Kurden, das durch willkürliche Grenzziehung der Engländer und Franzosen völlig zersplittert auf vier Staaten verteilt wurde, (Türkei, Rußland, Irak und Iran) könnte die UNO ihre hehren Ziele verfolgend, durch eine Resolution, wie im Falle Kuwait, für die Beendigung der Leiden dieses Volkes sorgen. In all diesen Staaten werden die Kurden als Minderheit unterdrückt, periodisch Massaker an ihnen verübt. Auch der Natobruder Türkei, den es zu schützen galt, hatte sich an den Kurden übelst vergangen und dadurch seine Bereitschaft, im Rahmen der UNO die Menschenrechte anzuerkennen, bloßgestellt.

Da aber die Kurden weder eine Lobby noch Ölmultis vorzuweisen haben, wird in ihrem Falle die UNO mit Sicherheit wieder unter Haltungsschäden leiden. Außer ein paar Hilfsgütern, Ermahnungen und Versprechungen wird sich wohl an dem Schicksal der Kurden nicht viel ändern.

Schneller als gedacht, hat der Ablauf der Ereignisse diese Organisation als das bloßgestellt, was sie schon immer gewesen ist, nämlich als Beschaffer von Alibifunktionen für angloamerikanische Machtinteressen. Sie mischt sich in innere Angelegenheiten von Staaten ein, ohne in letzter Konsequenz friedenstiftend zu wirken; oder aber sie nimmt Verbrechen gegen die Grundlagen ihrer eigenen Charta erst gar nicht zur Kenntnis, wie Afghanistan, Tibet, Litauen und nicht zuletzt das Schicksal des Deutschen Ostens. Seit Kriegsende sind die Deutschen in den okkupierten Gebieten und das rechtlich fortbestehende Deutsche Reich einer fortgesetzten Aggression durch Polen und Tschechoslowakei ausgesetzt.

Die Generalversammlung der UNO hat am 14. Dezember 1974 in ihrer Resolution Nr. 3314 die Aggression als Anwendung von Waffengewalt durch einen Staat gegen die Souveränität, die territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit eines anderen Staates definiert, wobei es keine Rolle spielt, ob der angegriffene Staat international anerkannt ist, oder der UNO als Mitglied angehört. Auf Grund dieser Definition machen sich Polen, Tschechei und Rußland, die gemeinsam die deutschen Gebiete unter Vertreibung ihrer rechtmäßigen Bewohner okkupierten, eines völkerrechtlichen Deliktes gegen das Deutsche Reich und seine Staatsangehörigen schuldig. Die aus dem völkerrechtlichen Deliktsrecht resultierende Wiedergutmachungspflicht bedeutet für die Alliierten des zweiten Weltkrieges die Pflicht zur Wiederherstellung der Einheit des ganzen Deutschen Volkes in seinen rechtmäßigen Grenzen. Die nach einem Krieg eventuell notwendig werdenden Grenzregelungen sind nach eben diesem Recht ausschließlich Sache von Friedensverträgen. Natürlich fällt darunter auch die Anwesenheit der Besatzungstruppen unserer Freunde der westlichen Wertegemeinschaft, die auch danach unverzüglich unser Land verlassen müßten.

Stellen wir nun die beiden völkerrechtlichen Belange Deutschlands und Kuwaits gegenüber, müssen wir wieder einen Haltungsschaden dieser internationalen Organisation in unserer Angelegenheit feststellen, zumal wir noch erhebliche DM-Beträge als Mitgliedsbeitrag entrichten müssen.

Nach den Statuten der UNO können nur souveräne Staaten Mitglied der UNO werden. Wie kann aber ein Staat volle Souveränität genießen, auf dessen Territorium noch die Besatzertruppen stationiert sind und darüber hinaus noch die beiden Feindstaatenklauseln nach Artikel Nr. 53 und 107 nach wie vor Deutschland bedrohen?

Auch in dieser Angelegenheit ist ein Haltungsschaden der UNO zu bescheinigen; denn im Rahmen eines einfachen Beschlusses könnten diese Diskriminierungsartikel außer Kraft gesetzt werden. Erst danach kann Deutschland als vollwertiges Mitglied angesehen werden; aber wahrscheinlich liegt hier eine direkte Beziehung zum Dogma der ewigen Schuld der Deutschen vor, um mit deren Hilfe jederzeit Deutschland disziplinieren zu können.

Eine Kostprobe haben wir ja erhalten in dem Moment, als das Deutsche Volk nicht so spuren wollte, wie unsere lieben Freunde, die amerikanischen Mitbürger, es von uns erwarten. Sofort lief die Sudelküche der Agit.-Prop. an und kippte unvorstellbaren Unrat über uns aus, gerade so als hätten wir Kuwait überfallen. Das Bedauerliche an der Sache für unser Volk war die geradezu Ekel erregende Haltung der Medien und Journaille, von der Haltung unserer Politiker abgesehen; wenn wir noch irgendwo im Ausland einen Funken Ansehen besaßen, so ist dieser mit Sicherheit jetzt geschwunden. In den Medien konnte die ganze Welt das servile sich selbst bezichtigende Verhalten der Bonner Garde bewundern.

Nicht die Sowjetunion, die mit dem Irak durch einen Freundschafts- und Beistandspakt verbunden, größter Waffenlieferant und Ausbilder der Iraker war, wurde verunglimpft, nein mit keinem Wort, wir waren wieder die schlimmsten Übelbolde und an allem schuld. Sogar die russischen Skud-Raketen wurden plötzlich zu deutschen Raketen, die durch unsere alleinige Schuld auf Israel fielen und dafür müssen wir büßen. Natürlich ist das Wahnsinn aber auch Methode. Wir müssen den Krieg anderer bezahlen. 18 Milliarden wurden auf diese Weise dem Deutschen Volk abgepreßt, noch bevor Rußland den kuriosen »2 + 4 Vertrag« ratifiziert hatte. Somit war die Forderung der Besatzer, auch nach Entsendung von Truppen , dank der permanenten Haltungsschäden unserer Politiker, ein Verbrechen nach der »Haager-Landkriegsordnung«, Mißachtung wesentlicher Grundsätze des Völkerrechtes.

Die Einhaltung des Völkerrechtes aber wurde im Grundgesetz den Deutschen von den Alliierten zwingend vorgeschrieben. Durch ihre Bereitschaft, sich mit 18 Milliarden DM am schmutzigen Golfkrieg zu beteiligen und Jagdbomber in die Türkei zu verlegen, wurden die Bonner Politiker automatisch in den abscheulichen Völkermord an dem kurdischen Volk, der gegenwärtig abläuft, verwickelt und haben dadurch dem Ansehen des Deutschen Volkes unübersehbaren Schaden zugefügt. Bush hatte die Kurden öffentlich aufgefordert, sich von Saddam zu befreien, wohl wissend, daß ihnen das niemals gelingen konnte, da er Saddams Truppe vor der Vernichtung verschont hatte.

Horst Ochmann . 2333 Gr.-Wittensee

Es fährt sich gut auf Staatskosten ...

Die Bundesregierung hat am 2. Juli 1975 beschlossen, daß „Bundesminister und Staatssekretäre als immer im Dienst gelten". Sie haben deshalb „Dauerdispositionsbefugnis über ihr Dienstfahrzeug". Paragraph 19 der „Dienstkraftfahrzeuganweisung: „Den Ministern und Staatssekretären werden Dienstfahrzeuge zur alleinigen und uneingeschränkten Benutzung zugeteilt." Diese Regelungen für Minister und Staatssekretäre gelten auch für das Bundestagspräsidium.

Bundestagspräsidentin Prof. Rita Süssmuth hat einen Dienstwagen. Wenn es das Bundeskriminalamt aus Sicherheitsgründen vorschreibt, wird Frau Süssmuth in einem gepanzerten PKW gefahren. Das ist bei ihr meist der Fall. Außerdem steht der Dienstwagen des ehemaligen Bundestagspräsidenten Philipp Jenniger, ein Mercedes 420 SEL, in Reserve, falls der Dienstwagen der Bundestagspräsidentin ausfällt. Das kommt allerdings so gut wie nie vor.

Der Reservewagen des Bundespräsidiums wurde aber zweckwidrig verwandt und zwar von Frau Süssmuths Ehemann Hans Süssmuth, Professor für neuere Geschichte an der Universität in Düsseldorf. Es wäre als durchaus möglich gewesen, daß der Reserve-Mercedes der Bundestagspräsidentin bei Ausfall ihres Dienstwagens nicht verfügbar, weil Ehemann Hans gerade mit dem Reservewagen unterwegs war.

Dem Professor wird vorgeworfen, er habe seit **über zwei Jahren den Dienst-Reservewagen seiner Ehefrau Rita für private Angelegenheiten genutzt,** der PKW habe zur ausschließlichen privaten am Wohnort der Süssmuths (Neuß) zur Verfügung gestanden. Das **Bonner Dienstfahrzeug sei mit einem Neußer polizeilichen Kennzeichen** versehen gewesen.

Die Benzinkosten „für seine meist privaten Spritztouren" (TAH, 14. März 1991) in Höhe von DM 200 bis 300 monatlich habe Präsidentin-Ehegatte Hans sich aus der Bundeskasse erstatten lassen. Bei der Februarabrechnung 1991 über DM 219 für Hans Süssmuth hat sich ein Sachbearbeiter der Verwaltung des Deutschen Bundestages geweigert, den Betrag abzuzeichnen.

Mitarbeiter des früheren Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit erzählten, daß auch schon der Zweitdienstwagen der damaligen Ministerin Süssmuth **„häufig von ihrem Mann benutzt worden sei.** Auch die Tochter des Ehepaars Süssmuth soll von den Segnungen des mütterlichen Amtes partipiziert haben. Ein Chauffeur der Fahrbereitschaft des Deutschen Bundestages danach befragt, warum an der Windschutzscheibe seines Wagens eine Schweizer Vignette klebe, habe geantwortet, **er müsse hin und wieder in Lausanne die dort studierende Präsidententochter abholen"** (TAH, 14.3.91).

Die Bundestagspräsidentin mit der Neigung, die Bürger zu **belehren,** die Professorin, die stets **hohe moralische Ansprüche** für sich reklamierte, „lovely Rita", der Begriffe wie Anstand, Solidarität und Glaubwürdigkeit leicht von den Lippen kommen, sieht sich als „Opfer einer Hetzjagd": „Wir haben uns nicht anders verhalten als alle Minister und Staatssekretäre – entsprechend den Richtlinien."

Dieser peinliche Rechtfertigungsversuch des weiblichen Aushängeschildes der CDU stieß bei verschiedenen Ministerien auf Verwunderung und spürbare Verärgerung. Sie betonten, bei ihren Ressortschefs gebe es solche Praktiken nicht. Selbst in regierungsnahen Abgeordnetenkreisen wurde Rita Süssmuths Verteidigungslinie als **„abenteuerlich"** bezeichnet.

Im übrigen waren die Stellungnahmen von Politikern – je nach Parteizugehörigkeit – unterschiedlich. Der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, Fink, appellierte an die Präsidentin, im Amt zu bleiben. Sie stehe für eine „Politik der sozialen Sensiblität und des Reformwillens".

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Rudolf Dressler meinte, Frau Süssmuth müsse selbst wissen, ob sie im Amt bleibe. In **funktionierenden westlichen Demokratien werde sofort zurückgetreten.**

In FDP-nahen Kreise hieß es, es sei nicht „die übliche Regelung", daß Ehepartnern von Ministern Dienstwagen für Privatfahrten benutzten. Schlimm sei die Angelegenheit dadurch, daß Frau Süssmuth „die moralische Hürde" so hoch gelegt habe.

Ein weiterer stellvertretender SPD-Fraktionschef im Deutschen Bundestag, Wilfried Penner, hielt Frau Süssmuth vor, sie müsse sich darüber im klaren sein, daß sich ihre selbst gesetzten **moralischen Maßstäbe auch gegen sie richten könnten.** Der Parlamentarier stufte die „Dienstwagen-Affaire" als nicht geringfügig ein, aber keinen Grund zum Rücktritt: **„Wenn Graf Lambsdorff im Parlament sitzt, trotz krimineller Steuervergehen, wenn Lothar de Maizière Vorsitzender der CDU-Programmkommission wird, könne man die Meßlatte für Frau Süssmuth auch nicht so hoch ansetzen."**

Der Bundeskanzler, Altmeister der „Aussitzer", ermutigte seine Parteifreundin durchzuhalten und zu bleiben. Folgsam bekundete das CDU-Präsidium „volle Solidarität" nicht nur mit der unbotmäßigen Präsidentin, sondern auch mit Lothar de Maizière, dessen Kontakte zum früheren DDR-Staatssicherheitsdienst (STASI), vor allem ihn betreffende verschwundene Akten, viele Fragen offen lassen.

Fazit: Zu Recht kritisiert der Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler, Dieter Lau: **„'Ich kenne keine Richtlinie, die eine derartige Privatnutzung ohne Kostenerstattung zulassen würde'.** Der den Steuerzahlern entstandene Schaden müsse unverzüglich zurückgezahlt werden. Lau nannte das Verhalten der Parlamentchefin 'ein neuerlichers Beispiel für die **Selbstverständlichkeit, mit der Politiker in die Steuerkassen greifen'"** (Südd. Ztg. (SZ), München, 14. März 1991).

Das Verhalten des Ehepaares Süssmuth ist bei einem **gemeinsamen monatlichen Einkommen von gut 40.000 Mark ebenso törisch wie stillos.** Was hat sich denn die dem hohen Pathos politischer Deklamation ergebene und stets zu Appellen zur Solidarität, an das Gemeinwohl und Opferbereitschaft bereite Parlamentspräsidentin gedacht, als Privatfahrten ihres Ehemannes mit einem Dienstfahrzeug des Bundespräsidiums aus der Staatskasse vergütet wurden? Was hat sie sich gedacht im Hinblick auf die **Opfer, die wieder einmal vor allem der „kleine Mann" erbringen muß: Steuererhöhungen, höhere Telefongebühren, nicht abzusehende finanzielle Belastungen für den Aufbau der früheren DDR unter fragwürdigen politischen Rahmenbedingungen (Stasi-Seilschaften usw.)?** Die in die Politik verschlagene Pädagogin steht wahrhaft für eine „Politik der sozialen Sensibilität und des Reformwillens"!!

Was hat sich Rita Süssmuth gedacht, ihre in **Lausanne/ Schweiz studierende Tochter mit einem Dienstwagen des Deutschen Bundestages abholen zu lassen?**

Einen Staatsbürger, der in einem Parallelfall unter Berufung auf das Beispiel Süssmuth und den grundgesetz-

lich verbürgten Gleichheitssatz bei der Verwaltung des Deutschen Bundestages beantragte, sein im Ausland studierendes Kind mit einem Dienstwagen dort abzuholen, würde man in Bonn vermutlich nicht für ganz normal halten.

Die Benutzung eines Dienstfahrzeuges des Bundestagspräsidiums durch den Ehemann Süssmuth und die Begleichung der monatlichen Benzinrechnungen in Höhe von 200 bis 300 Mark muß zur Frage führen, in welchem Umfang es sich zweifelsfrei um Privatfahrten zu Lasten des Steuerzahlers handelt. Zur Beantwortung dieser Frage ist die **Staatsanwaltschaft** in Bonn zuständig. Wir haben deshalb die Ermittlungsbehörde gebeten, das Verhalten der Eheleute Süssmuth unter einschlägigen strafrechtlichen Bestimmungen zu prüfen. Den Wortlaut unserer Anzeige und selbstverständlich auch die Reaktion der Staatsanwaltschaft werden wir zu gegebener Zeit in den LSI veröffentlichen.

E.O. Cohrs

Atombomben für Fidel Castro

Als am 7. Juni 1981 die israelische Luftwaffe das iraische Atomkraftwerk bei Bagdad kurz vor dessen Fertigstellung zerstörte, reagierte die Internationale Atombehörde IAEA in Wien mit heftigem Protest. Keine zehn Jahre später war man weltweit froh, daß der irakische Staatschef Saddam Hussein über kein Atomwaffenarsenal verfügt. Nun bahnt sich derselbe Wahnsinn im politisch labilen Lateinamerika an. Der Raketenkonflikt mit Fidel Castro und der Krieg 1982 zwischen Argentinien und Großbritannien um den Besitz der Falklandinseln werden von der Internationalen Atomlobby verdrängt. Unter der Schutzherrschaft der von der österreichischen Regierung mit jährlich 20 Mill. S unterstützten IAEA wurde im November 1990 LATINATOM nach dem Muster der EURATOM ins Leben gerufen. Die Sonnenländer Lateinamerikas wollen statt Solaranlagen zehn Atomkraftwerke bis 1995 fertiggestellt haben: je zwei AKW in Kuba und Mexiko und je drei AKW in Argentinien und Brasilien. Und das, nachdem erst kürzlich wieder in Großbritannien bestätigt wurde, daß Atomkraftwerke dreimal teurer als Kohlekraftwerke sind. Das Per-Capita-Bruttosozialprodukt in Großbritannien beträgt laut Weltbank 12.810 US-Dollar, in Kuba 960, Mexiko 1.760, Brasilien 2.160 und Argentinien 2.520 US-Dollar (zum Vergleich: Irak 1.808 US-Dollar). Diese enorm verschuldeten Entwicklungsländer bekommen Kredite und den Segen der IAEA – wie seinerzeit der irakische Staatschef Saddam Hussein. Das in den zehn lateinamerikanischen Atomkraftwerken anfallende Plutonium würde ausreichen, um damit jährlich gut 200 Atomsprengköpfe zu bestücken. Plutonium entsteht praktisch in jedem Reaktor, und es ist völlig unmöglich, die „friedliche" und militärische Nutzung der Atomenergie voneinander zu trennen. Uns allen droht der Tod, nur eine kleine Gruppe der Menschheit gewinnt an Macht und Reichtum aus der Atomenergie. Heute haben die Politiker, scheint es, noch immer nichts dazugelernt.

Robert Par, Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL), Sektion Österreich, Satteins, A-6822

Glaspie quittiert Diplomatischen Dienst

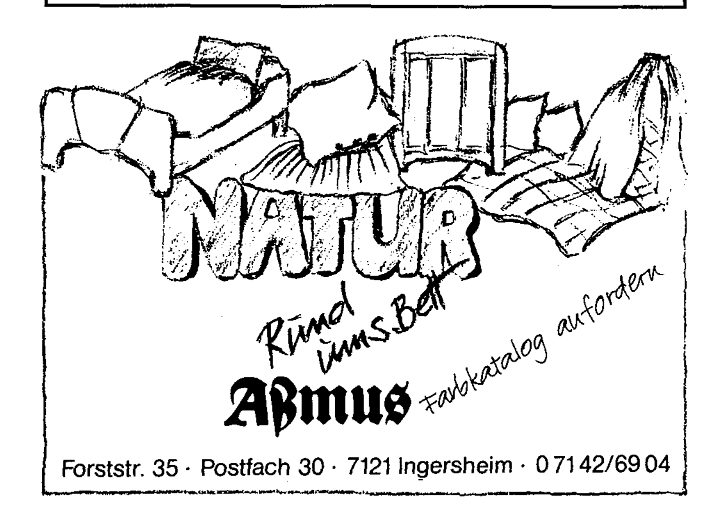
WASHINGTON, 26. April (AFP). Die umstrittene ehemalige US-Botschafterin im Irak, Glaspie will den diplomatischen Dienst quittieren. Dies teilte das US-Außenministerium mit. Sie strebt angeblich eine Karriere als College-Professorin an. Von anderer Seite verlautet, sie wolle nach einiger Zeit möglicherweise wieder ins Außenministerium zurückkehren.

Frau Glaspie war ins Kreuzfeuer der Kritik geraten, nachdem ihr Gespräch mit dem irakischen Staatschef Saddam Hussein kurz vor der irakischen Invasion Kuwaits bekannt geworden war. Einer irakischen Version des Gesprächs zufolge soll sie damals gesagt haben, die USA bezögen keine Stellung im irakischen Grenzstreit mit Kuwait. Ihre Fürsprecher vertraten die Auffassung, sie sei vom US-Außenministerium unfair behandelt worden, das die irakische Version halbherzig zurückgewiesen habe, um einen „Sündenbock" für die Krise zu haben.

(Siehe: LSI 1/91)

Frankfurter Rundschau 27.4.1991

Gesundheit und Erholung





Herausgeber, Verleger: COLLEGIUM HUMANUM, WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS, Bundesverband Deutschland e.V., Bretthorststraße 221, 4973 Vlotho, Telefon 05733/7330.
Bankverbindung: Volksbank Vlotho e.G. Kto.-Nr. 15556300 (BLZ 49062112) · Postscheckkonto Hannover Nr. 2949-307.
Schriftleitung: Ernst O. Cohrs, 2720 Rotenburg/Wümme, Postfach 1165, Am Bahnhof, Telefon 04261/3106.
Anzeigen: Frieda Klinksiek-Jonigkeit, Bretthorststraße 221, 4973 Vlotho, Telefon 05733/7330.
Bezugsgebühr: jährlich 30,– DM. Erscheint 6 x jährlich (alle 2 Monate).
Druck: Deppe-Druck GmbH, Buch- + Offsetdruck, Lange Str. 94, 4973 Vlotho, Telefon 05733/5010.